SECHSTER ABSCHNITT: 1933–1945

Jahre der Gefahr

Am 7.4.1933, also zehn Wochen nach Hitlers Machtergreifung, wurde ein Gesetz unter dem harmlos klingenden Titel ›Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums‹ erlassen. Zunächst könnte man vermuten, es sollte als Rechtsgrundlage dienen für die Entlassung von Parteibuchbeamten der Weimarer Republik, die nicht aufgrund ihrer Ausbildung, sondern wegen ihrer Parteizugehörigkeit mit Verwaltungsaufgaben betraut worden waren. (Solche Entlassungen hatte schon die Regierung Papen verfügt.) Für die deutschen Juden wurde der erste Satz des § 3 zum Verhängnis: »Beamte, die nicht arischer Abstammung sind, sind in den Ruhestand zu versetzen...«. Eine genauere Definition folgte in der Ersten Durchführungsvorordnung vom 11.4.1933: »Als nicht arisch gilt, wer von nicht arischen, insbesondere jüdischen Eltern oder Großeltern abstammt.« Und als sei dies noch nicht klar genug, wird hinzugefügt: »Es genügt, wenn ein Elternteil oder Großelternanteil nicht arisch ist...«. Von diesem Gesetz betroffene Professoren und Institutsdirektoren verloren damit die Lehrbefugnis und sehr bald auch die Möglichkeit, sich publizistisch zu betätigen. Schon im April und Mai 1933 wurde die Geltung des Gesetzes auch auf nichtbeamtete Dozenten sowie auf Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst ausgedehnt. »Wenig sagen die Akten aus über das Leid der Betroffenen, die ohne jede Vorbereitung plötzlich die Erfahrung machen mußten, daß der Staat, bisher als Rechtsstaat respektiert und verstanden, willkürlich ein gesichertes Dasein als Beamter oder eine hoffnungsvolle akademische Karriere vernichtete.« [MUSSGUTH/WOLFGAST: 7]

Welches Potential der deutschen Wissenschaft durch dieses Gesetz verloren ging, zeigt die im August 1936 in London herausgegebene ›List of Displaced German Scholars‹. Sie enthält die Namen von 1652 Wissenschaftlern, die ihrer Stellung enthoben und damit in Deutschland ihrer Existenzmöglichkeit beraubt worden waren. (Eine zweite Liste vom Herbst 1937 enthielt weitere 150 Namen.) Auf die Naturwissenschaften entfielen allein 58,4% (Medizin 470, Chemie 185, Physik 124), auf die Rechts- und Wirtschaftswissenschaften 16,5% und auf die

Ein Gesetz und seine Folgen

324: *Auszüge aus dem Reichsgesetzblatt vom 7. 4. und 11. 4. 1933. Die auf Wunsch des Reichspräsidenten eingebrachte Ausnahmeregelung für Kriegsteilnehmer galt nur kurzfristig und blieb häufig auch unbeachtet.*

§ 3

(1) Beamte, die nicht arischer Abstammung sind, sind in den Ruhestand (§§ 8 ff.) zu versetzen; soweit es sich um Ehrenbeamte handelt, sind sie aus dem Amtsverhältnis zu entlassen.

(2) Abs. 1 gilt nicht für Beamte, die bereits seit dem 1. August 1914 Beamte gewesen sind oder die im Weltkrieg an der Front für das Deutsche Reich oder für seine Verbündeten gekämpft haben oder deren Väter oder Söhne im Weltkrieg gefallen sind. Weitere Ausnahmen können der Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit dem zuständigen Sachminister oder die obersten Landesbehörden für Beamte im Ausland zulassen.

Zu § 3

2.

(1) Als nicht arisch gilt, wer von nicht arischen, insbesondere jüdischen Eltern oder Großeltern abstammt. Es genügt, wenn ein Elternteil oder ein Großelternanteil nicht arisch ist. Dies ist insbesondere dann anzunehmen, wenn ein Elternteil oder ein Großelternanteil der jüdischen Religion angehört hat.

(2) Wenn ein Beamter nicht bereits am 1. August 1914 Beamter gewesen ist, hat er nachzuweisen, daß er arischer Abstammung oder Frontkämpfer, der Sohn oder Vater eines im Weltkriege Gefallenen ist. Der Nachweis ist durch die Vorlegung von Urkunden (Geburtsurkunde und Heiratsurkunde der Eltern, Militärpapiere) zu erbringen.

(3) Ist die arische Abstammung zweifelhaft, so ist ein Gutachten des beim Reichsministerium des Innern bestellten Sachverständigen für Rassenforschung einzuholen.

ENGL, Dr. Josef, Dozent; b. 83., married, 2 children. (English, French, Italian.) 1926/33: Dozent Technische Hochschule, Berlin. SPEC.: *Experimental Physics; Crystallography; Telephony; Sound Films; Television*. Unpl.

EPSTEIN, Dr. Hans, Assistant, b. 09, single. (English, French.) Till 1934: Assistant Berlin University. SPEC.: *Theoretical and Experimental Physics; Spectroscopy; Photoelectricity; Kinetics; Low Temperatures*. Unpl.

FERBER, Martin, Researcher; b. 07., single. (French.) 1934: Researcher Copenhagen University; since 1935: Lyons. SPEC.: *Radioactivity*. Unpl.

FRANCK, Dr. James, o. Professor; b. 82., married, 2 children. (English.) 1911/20: Privatdozent, later a.o. Prof. Berlin University; 1920/33: o. Prof. Göttingen University; 1925: Nobel Prize; since 1934: Prof. Johns Hopkins University, Baltimore. SPEC.: *Experimental and Theoretical Physics; Atomic Physics*. Perm.

FREUNDLICH, Dr. Erwin Finlay, Professor; b. 85., married, 2 children. (English, French.) Till 1933: Prof. Astrophysikalisches Observatorium, Potsdam, and Director Einstein Institut; since 1934: o. Prof. Istanbul University and Director Observatory. SPEC.: *Astro-Physics; Astronomy; Theoretical Physics*. Perm.

FREUNDLICH, Herbert F. W., Assistant; b. 09., single. (English.) 1930/33: Assistant Technische Hochschule, Berlin; since 1934: Industrial Activity, Welwyn (Herts.) SPEC.: *Metallography; X-Rays; Optical Measurements*. Perm.

FRISCH, Dr. Otto Robert, Assistant; b. 04., single. (English, French, Italian.) 1927/30: Researcher Physikalisch-Technische Reichsanstalt, Berlin; 1930: Researcher Physikalisches Institut, Berlin University; 1930/33: Assistant Institut für Physikalische Chemie, Hamburg University; 1933/34: Researcher Birkbeck College, London University; since 1934: Researcher Institut for Teoretisk Fysik, Copenhagen University. SPEC.: *Experimental Physics; Amplifiers; Molecular Rays; Electrometers; Radioactivity*. Temp.

325: Teil einer Spalte aus ›List of Displaced German Scholars‹, London 1936 (Unpl.: unplaced, without position; Perm.: permanently placed; Temp.: temporarily placed).

technischen Wissenschaften 3,9%. Die theoretischen und die angewandten Naturwissenschaften waren mit einem Anteil von fast $\frac{2}{3}$ besonders stark betroffen. Erhebungen in neuerer Zeit [RÖDER] kommen auf mehr als 2400 exilierte Wissenschaftler. Hierbei traf »die Amtsenthebung und Vertreibung von Wissenschaftlern... in überproportionalem Maße die wissenschaftliche und kulturelle Elite«. In einigen Disziplinen emigrierte »nahezu die gesamte innovationsfähige Elite« [MÖLLER (1): 7]; z. B. Politikwissenschaften, Soziologie, Dermatologie, Immunologie, Psychologie, z. T. auch Kunstwissenschaft. Nicht abzuschätzen ist die Zahl der jüdischen Dozenten, Assistenten, Examenskandidaten und Studenten, die sich wegen ihrer Diskriminierung an den deutschen Hochschulen zur Emigration entschlossen.

Der Anteil jüdischer Autoren und Herausgeber von Buchserien und Zeitschriften war in den exakten Naturwissenschaften und damit gerade im Springer-Programm relativ hoch. Daß Juden im Kaiserreich die Berufung auf einen Lehrstuhl erschwert war, hatte sich nicht selten auch als Vorteil für ihren Erfolg als Wissenschaftler erwiesen, weil sie nicht genötigt waren, das ganze Feld der Forschung und Lehre abzudecken. Sie unterlagen damit einem Spezialisierungszwang. Hierbei boten gerade die ›neuen‹ Fächer wie Biochemie, Immunologie, Haut- und Geschlechtskrankheiten, Psychiatrie, Neurologie, Psychologie oder auch die theoretische Physik die Möglichkeit zu erfolgreicher Forschung [VOLKOV]. Da der Springer-Verlag gerade in diesen Fachbereichen intensiv tätig war, traf ihn der Exodus jüdischer Wissenschaftler besonders stark.

Gleichschaltung

Auch die Gleichschaltungsgesetze, von denen das erste am 31.3.1933 erlassen wurde und die politische Selbständigkeit der Länder des Deutschen Reiches aufhob, blieben für den Wissenschaftsverlag nicht ohne Folgen. Es war das Ziel dieser Gesetze, alle politischen, gesellschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Institutionen entsprechend den Zielen der Nationalsozialisten auszurichten und dem ›Führerprinzip‹ zu unterwerfen. Die Leitungsgremien sollten also nicht mehr gewählt sondern ernannt werden. In vorauseilendem Gehorsam begannen zahlreiche Verbände, sich selbst gleichzuschalten. Der Börsenverein für den Deutschen Buchhandel vollzog die Gleichschaltung praktisch schon im Mai 1933, definitiv wurde sie dann ein Jahr später verfügt [BAUR: 179; SCHULZ (2)]. Ein anderes Beispiel ist der ›Verein Deutscher Ingenieure‹, der schon vor 1933 starke Sympathien für den Nationalsozialismus

hatte erkennen lassen [Mock: 57 ff.]. Er beschloß auf seiner Vorstandssitzung am 26. 4. 1933, freiwerdende Stellen im Vorstand nur noch mit Parteimitgliedern zu besetzen und ergänzte die Satzung vom 1. 10. 1933 durch den Arierparagraphen. Auch der deutsche Apotheker-Verein (DAV) hatte schon am 22. 4. 1933 in seiner revidierten Satzung festgelegt, daß ordentliches Mitglied nur werden kann, wer »im Sinne des Beamtengesetzes deutscher Volksgenosse ist«.

Für den Springer-Verlag bedeutete dieser Kurs der deutschen Apothekerschaft bald das Ende seiner seit Jahrzehnten erfolgreichen ›Pharmazeutischen Zeitung‹ (s. S. 120) und einen deutlichen Rückgang auch der Produktion pharmazeutischer Bücher. Die Gleichschaltung erfolgte unter starkem politischem Druck: Am 5. 7. 1933 konnte man in der ›Pharmazeutischen Zeitung‹ lesen:

Tagesgeschichte.

Berlin. Mit der vorliegenden Nummer der Pharm. Ztg. übernimmt Herr Apotheker St. D. A. Conrad Skibbe die verantwortliche Schriftleitung der Zeitung. Der bisherige Schriftleiter, Herr Apotheker Ernst Urban, der am 1. Juli der Redaktion 33 Jahre, davon nahezu 16 Jahre als ihr Leiter angehört hat, ist an diesem Tage im Einvernehmen mit dem Verlage ausgeschieden.

Was war nach einer so langen und erfolgreichen Zusammenarbeit der Grund für diese fristlose Kündigung? Urban, weder politisch engagiert noch Nichtarier, hatte sich 1932 geweigert, den Brief eines Apothekers zu veröffentlichen, in dem dieser für die Wahl des früheren Apothekers Gregor Strasser, Mitstreiter Hitlers seit den 20er Jahren, in den Reichstag warb. Urban hatte dem Einsender mitgeteilt, daß »in einem Fachblatt nicht parteipolitische Wahlpropaganda getrieben werden könne« [Urban: 2]. Zudem wurde bemängelt, daß Urban seine jüdischen Redaktionsmitarbeiter nicht entließ.

Dem Leiter der Medizinalabteilung im Reichsinnenministerium, Leonardo Conti, genügte dann ein ironisches Gedicht Urbans in der ›Pharmazeutischen Zeitung‹ [Schröder: 173], in dem dieser auf die Notwendigkeit hingewiesen hatte, sein Blatt auch zwischen den Zeilen zu lesen. Conti verlangte von Springer die fristlose Entlassung Urbans, »widrigenfalls eine schon bereitstehende Hundertschaft den Verlag besetzen würde«, wo die Redaktion der Zeitung ihren Sitz hatte. Angesichts dieser massiven Drohung beugte sich der Verlag. Ein Mitarbeiter Contis übernahm Urbans Aufgaben. Da er aber über keinerlei Redaktionserfahrungen verfügte, bat er die drei nichtarischen

Gleichschaltung, aus der Technik in den polit. Sprachgebrauch des Dritten Reiches übernommenes Sprachbild des Sinnes, daß verschiedene Kraftquellen, die einem gleichen Ziele dienlich sein sollen, in gleiche Richtung gebracht werden, um der Einzelkraft die volle Entfaltung auf das gemeinsame Ziel hin zu sichern. Auch Bezeichnung für den Zustand, der durch das Gleichschalten herbeigeführt wird. Die Durchsetzung des nationalsozialist. Programmes, die Einheit von Partei und Staat (Reichsges. v. 1. Dez. 1933) bedingt eine geistig-seelische G. des Menschen, die sich erst in geraumer Zeit vollziehen kann und entscheidend durch erzieherische Maßnahmen beeinflusst wird (Schule, Parteieinrichtungen, Kunst, Presse, Rundfunk, Film, Theater). In festes Gleis wird sie durch einen Umbau des Staatsgefüges geleitet (G. im engeren Sinne, politische G.). Die politische G. ist folglich nach der nationalsozialistischen Revolution in Gang gesetzt worden. Die G. wird gefördert durch das Verbot der Bildung anderer Parteien als der nationalsozialistischen (Reichsges. v. 14. Juli 1933).

326: Definition des Begriffs ›Gleichschaltung‹ aus ›Der Große Brockhaus‹, 15. Auflage. Ergänzungsband, 1935.

327: Der Verlag wurde gezwungen, den seit 1900 tätigen Redakteur der ›Pharmazeutischen Zeitung‹ fristlos zu entlassen, ohne beim Arbeitsgerichtsprozeß den Anlaß hierfür nennen zu dürfen.

Mitarbeiter Urbans, ihre Aufgaben auch weiterhin wahrzunehmen.

Ende 1933 einigte sich Springer mit Urban auf eine Abfindung von RM 45000; arbeitsrechtlich mußte der Verlag also für eine fristlose Kündigung aufkommen, die er weder gewünscht hatte noch vertreten konnte. Die Urheber wurden bei der arbeitsgerichtlichen Auseinandersetzung nicht genannt. – Ende 1937 sah sich der Springer-Verlag gezwungen, die Einstellung der ›Pharmazeutischen Zeitung‹ im Schlußheft des 104. Jahrgangs mitzuteilen.

Auch bei anderen wissenschaftlichen Gesellschaften gab es Schwierigkeiten. So sah sich der Vorsitzende der ›Deutschen Gesellschaft für Urologie‹, Hans Rubritius (Wien), im Juli 1933 veranlaßt, »die für Oktober 1933 in Aussicht genommene Tagung auf unbestimmte Zeit zu verschieben, da aus der Liste der bisher angemeldeten Vorträge zu schließen ist, daß keine genügende Anzahl von Teilnehmern zu erwarten wäre, um einen ersprießlichen Verlauf der Tagung zu gewährleisten« [SCHULTZE-SEEMANN: 95]. Manche Wissenschaftler waren schon emigriert, andere hatten nach ihrer Entlassung Bedenken, noch mit einem Referat hervortreten, oder es fehlten ihnen die Mittel, die der Tagungsbesuch erforderte. Weil die Tagung ausfiel, kam es auch zu keiner Jahresversammlung. Am 14. 12. 1933 wurden der Kassenführer Rothschild und der Schriftführer Arthur Lewin gezwungen, ihre Ämter niederzulegen. Damit hatte die ›Deutsche Gesellschaft für Urologie‹ praktisch aufgehört zu bestehen. Um vom Einfluß ausländischer Mitglieder unabhängig zu sein, erfolgte 1935 die Gründung einer ›Gesellschaft reichsdeutscher Urologen‹, die 1936 ihren ersten Kongreß abhielt.

Wie neue Satzungen erzwungen wurden, zeigt das Beispiel der ›Berliner Gesellschaft für Urologie‹. Ihr Vorstand war zurückgetreten und hatte den Urologen Bernhard Klose mit der Wahrnehmung der Geschäfte beauftragt. Klose verlas bei der ersten Hauptversammlung nach der Machtergreifung die neue Satzung und bat, diese »ohne Widerspruch anzunehmen, da jede Änderung oder jeder Zusatz erst wieder der Genehmigung der Regierung bedarf«. § 6 der neuen Satzung besagte: »Der Vorsitzende bedarf der Bestätigung durch den Leiter der Medizinalabteilung im Ministerium des Innern [Leonardo Conti], resp. durch dessen Stellvertreter, dem auch jederzeit das Abberufungsrecht dem Vorsitzenden gegenüber zusteht. In diesem Falle wird der Nachfolger von der abberufenden Stelle ernannt.« Es gab keinen Widerspruch [SCHULTZE-SEEMANN: 94].

Trotz erzwungener Gleichschaltung und oktroyierter Satzungen hörte man bei den Jahrestagungen aber weiterhin Worte,

die frei waren vom Geist der Zeit und die ihm auch entgegen-traten. So führte Wolfgang Heubner 1938 bei der Eröffnung der Berliner Jahrestagung der ›Deutschen Pharmakologischen Gesellschaft‹ aus, als er die Gäste in seinem renovierten Pharmakologischen Institut begrüßte: »Fast muß ich nun freilich fürchten, daß der äußere Habitus unseres Instituts bestechender wirkt als der innere; denn im Reiche der Wissenschaft wie des Geistes überhaupt lassen sich ja die Mängel nicht so leicht durch einen neuen Anstrich freundlich überdecken.« Schließlich gedachte Heubner eines verdienten jüdischen Fachgenossen, nachdem er vorausgeschickt hatte, daß »die Frage nach Herkunft und Abkunft [eines Gelehrten] gleichgültig ist gegenüber der Frage nach dem Beitrag«, den er geleistet habe [STARKE: 26]. Den Namen nannte er nicht. Heute klingen Heubners Worte der Reverenz ziemlich kryptisch, doch damals hat manchem Teilnehmer wohl der Atem gestockt.

Der Versuch, einen ganzen Verlagszweig gleichzuschalten, wurde im Herbst 1933 von Johannes Stark unternommen. Stark, 1919 Nobelpreisträger für Physik und seit 1930 Mitglied der NSDAP, hatte als neuer Präsident der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt (PTR) auf der Tagung der Deutschen Physikalischen Gesellschaft in Würzburg am 18.9.1933 eine »Neuordnung des physikalischen Schrifttums« gefordert. Mit offenbar gleichlautenden Schreiben lud er einige Wochen später als Präsident der PTR die Verleger physikalischer Zeitschriften ein, sich am 15.11.1933 zu einer »Aussprache über die Organisation des physikalischen Schrifttums in seinem Amtszimmer einzufinden«. Springer sagte für sich ab und bat, sich durch Geheimrat Karl Scheel vertreten lassen zu dürfen. Dies wurde zunächst abgelehnt.

Stark, seiner Sache sehr sicher, drohte Springer unverhohlen: »Ich erwarte darum,« schrieb er am 14.11.1933, »daß Sie zu der morgigen Besprechung einen Vertreter entsenden, der unter Umständen in rechtsverbindliche Abmachungen eintreten kann. Sollte dies nicht geschehen, so werde ich daraus den Schluß ziehen, daß Sie auf eine Verbindung mit der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt keinen Wert legen und die von Ihnen verlegten Zeitschriften nicht in die Organisation des physikalischen Schrifttums von autoritativer Seite einbezogen wissen wollen.« Ferdinand Springer ließ sich nicht nötigen und verzichtete daher auch auf die Entsendung eines Vertreters. Er berief sich darauf, »in erster Linie an unsere Standesleitung, den Vorstand des Börsenvereins der deutschen Buchhändler, gebunden« zu sein. Dieser erhalte wiederum seine Weisungen vom

328: Wolfgang Heubner (1877 bis 1957), Professor der Pharmakologie, Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften, gab ›Naunyn-Schmiedeberg's Archiv für experimentelle Pathologie und Pharmakologie‹ und das ›Handbuch der experimentellen Pharmakologie‹ heraus. Heubner war mit Ferdinand Springer eng befreundet.

Ich bestätige Ihnen den Empfang Ihres Schreibens vom 13. November.

Ihre Annahme, daß es sich in erster Linie um die Erörterung der wissenschaftlichen Seite der Angelegenheit handelt, trifft nicht zu. Aus diesem Grunde kommt für mich die Zuziehung des Herrn Geh. Rat Scheel zunächst nicht in Betracht. Sie werden nicht verlangen können, daß in einer Angelegenheit von allgemeinem Interesse die übrigen physikalischen Verleger und der Präsident der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt sich nach Ihren Wünschen richten.

Ich erwarte darum, daß Sie zu der morgigen Besprechung einen Vertreter entsenden, der unter Umständen in rechtverbindliche Abmachungen eintreten kann. Sollte dies nicht geschehen, so werde ich daraus den Schluß ziehen, daß Sie auf eine Verbindung mit der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt keinen Wert legen und die von Ihnen verlegten physikalischen Zeitschriften nicht in die Organisation des physikalischen Schrifttums von autoritativer Seite einbezogen wissen wollen.

Mit ausgezeichnetster Hochachtung

Stark

329: Am 14. 11. 1933 forderte Johannes Stark Ferdinand Springer erneut auf, an einer »Aussprache über die Organisation des physikalischen Schrifttums« teilzunehmen. Springer lehnte dies ab. Die »Einschaltung« kam nicht zustande.

Propagandaministerium, das für die Angelegenheiten des gesamten Buchhandels zuständig sei. Eine Zuständigkeit der dem Innenministerium unterstehenden PTR bestritt er.

Stark plante eine Zentralredaktion mit einem Stab von Fachreferenten, die alle eingehenden Manuskripte prüfen und auf die bestehenden Zeitschriften verteilen sollte. Für später war wohl auch an Buchmanuskripte gedacht. Die Kosten sollten die Verlage auf dem Weg der Umlage tragen. Der formale Haupteinwand der Verleger richtete sich gegen die Anonymisierung ihres Kontakts zu den Autoren. In einer Stellungnahme der beteiligten Verleger heißt es: »Die Zeitschriften selbst werden naturnotwendig ihr Gesicht, ihre Eigenart sehr schnell verlieren.« Die ökonomische Auswirkung einer derartigen Kollektivierung sei »überhaupt nicht absehbar«.

Springer, der mit allen Eingeladenen in ständigem Kontakt war, riet dringend davon ab, sich zum jetzigen Zeitpunkt mit Stark überhaupt auf Erörterungen einzulassen. Noch am Tage der Sitzung in der PTR, der der Springer-Verlag ja ferngeblieben war, schickte Ferdinand Springer an Heinz Wismann, Schriftumsreferent im Propagandaministerium und stellvertretender Präsident der Reichsschrifttumskammer, diesbezügliche Briefkopien und gab ihm ein aktuelles Beispiel für die Gefährdung der deutschen Physikzeitschriften: Im November 1933 hatte der Verlag Martinus Nijhoff in Den Haag eine neue Zeitschrift ›Physica‹ angekündigt, die, so Springer, »zu einer Bedrohung der Weltstellung unserer wissenschaftlichen [Physik-] Zeitschriften werden kann«.

Ehe noch das Jahr zu Ende ging, war Stark mit seinem Plan am Widerstand der deutschen Verleger und an den Gegensätzen zwischen dem Reichsinnenministerium und dem Propagandaministerium gescheitert.

Ein Versuch, das medizinische Zeitschriftenwesen gleichzuschalten, hatte schon im Mai 1933 der Nationalsozialistische Deutsche Ärztebund unternommen, der 1929 u. a. von dem späteren Reichsärztführer Gerhard Wagner, dem damaligen Ministerialrat Leonardo Conti und dem Arzt Kurt Klare⁷⁰ gegründet worden war. Am 15.5.1933 hatte Klare den Springer-Verlag gebeten, am nächsten Tag einen bevollmächtigten Vertreter zu einer Besprechung in das preußische Innenministerium zu entsenden. Ausgesprochener Zweck der Unterhaltung war die »Durchführung der Gleichschaltung der medizinischen Fachpresse«. Es war dies übrigens während der sich über Monate hinziehenden Verhandlungen das einzige Mal, daß der Begriff ›Gleichschaltung‹ gebraucht wurde. Tatsächlich ging es ausschließlich um die Reduzierung des Anteils von Beiträgen

CONTENTS: TABLE DES MATIÈRES: INHALT:	
Experiments on adiabatic cooling of paramagnetic salts in magnetic fields, by W. J. DE HAAS, E. C. WIERSMA and H. A. KRAMERS	1
Ueber die Konzentration der angeregten Na-Atome und der Na ⁺ -Ionen in einem Na-Niedervollbogen, von M. J. DRY-VESTY	14
Die Lichtemission bei Gasentladungen, II, von W. DE GROOT	28
A luminous quartz fluorite achromatic lens for magnification — I, by A. C. S. VAN HEEL	35
Dipole measurements with very small quantities of material, by P. COHEN HENRIQUEZ	41
Das Mengenverhältnis der Lithiumisotopen Li ⁶ und Li ⁷ , von L. S. ORNSTEIN, J. A. VREESEWIJK JR. und G. WOLFSOHN	53
Das photographische Summengesetz und sein Gültigkeitsbereich, von A. VAN KREVELD	60
Tchebycheff polynomials and their relation to circular functions, Bessel functions and Lissajous-figures, by BALTH. VAN DER POL and TH. J. WEYERS	78
THE HAGUE MARTINUS NIJHOFF 1933	

330: In der ersten Nummer der seit November 1933 erscheinenden niederländischen Zeitschrift ›Physica‹ wurde noch die Hälfte der Beiträge in deutscher Sprache veröffentlicht.

›Arisierungen‹

Zwecks Durchführung der Gleichschaltung der medizinischen Fachpresse möchte ich im Auftrage des Herrn Ministerialrats Conti bitten, einen bevollmächtigten Vertreter Ihres Verlages zu einer persönlichen Besprechung mit mir in das ehemalige Herrenhaus, Leipzigerstraße 3, Medizinalabteilung des preussischen Innenministeriums Dienstag Vormittag 1/2 11 Uhr zu entsenden.

Mit vorzüglichster Hochachtung!

331: Aufforderung von Kurt Klare an den Springer-Verlag, einen Bevollmächtigten in das Reichsinnenministerium zu entsenden, um die »Durchführung der Gleichschaltung der medizinischen Fachpresse« zu besprechen.

332: Victor Salle, Springers medizinischer Berater, führte die harten, monatelangen Verhandlungen mit Kurt Klare, dem »Beauftragten des Reichsärztesführers für die medizinische Fachpresse«.

jüdischer Autoren und um die Arisierung der Herausgebergremien, für die es noch keine gesetzliche Handhabe gab.

Ende Mai 1933 gab Klare zu erkennen, daß, falls der Verlag zur Arisierung seiner medizinischen Zeitschriften nicht bereit wäre, als letztes Mittel der Boykott dieser Zeitschriften vorgesehen sei. Andere Verlage hätten seine Vorschläge bereitwillig aufgenommen. Im Verlauf der sich einige Monate hinziehenden Diskussionen sah sich der Verlag dann schließlich genötigt, auf einige Herausgeber zu verzichten. Dies wurde ihm dadurch etwas erleichtert, daß zahlreiche Wissenschaftler schon emeritiert oder unter dem zunehmenden Druck emigriert waren.

Am 31.7.1933 forderte Klare, nach Rücksprache mit dem Reichsärztesführer Gerhard Wagner, »daß recht bald die letzten noch in Schriftleitungen und im Mitarbeiterstab der im Verlag Springer erscheinenden Zeitschriften tätigen jüdischen Kollegen entfernt werden, da in den führenden Stellen auf diese Klärung sehr gedrängt wird«.

Am 7.12.1933 ersuchte Klare den Verlag, »sobald als möglich« eine Umstellung des Herausgeberkollegiums der »Deutschen Zeitschrift für die gesamte gerichtliche Medizin« vorzunehmen, da die beiden Herausgeber Fraenckel und Straßmann unhaltbar seien. Nachdem die Verhandlungen bisher von Victor Salle, dem im Verlag für die Medizin Zuständigen, geführt worden waren, schaltete sich nun der Verleger persönlich ein und schrieb am 11.12.1933 an Klare: »Fraenckel ist nach wie vor im Amt als Mitglied des dem preußischen Innenministerium unterstehenden gerichtsärztlichen Ausschusses für die Stadt Berlin. Er ist Frontkämpfer... Der alte Geheimrat Fritz Straßmann [damals 75 Jahre alt] ist ein schwerleidender Mann und hat voraussichtlich nur noch wenige Monate zu leben. Ich möchte es Ihrem Urteil anheim geben, ob nicht diese kurze Zeit noch abgewartet werden soll oder ob man wirklich den auch im Ausland heute noch hoch angesehenen Begründer der deutschen gerichtlichen Medizin zum Austritt auffordern soll.« Beider Namen blieben nach diesem Brief noch bis 1935/36 auf dem Titelblatt.⁷¹

Autorenverluste

Zwar gelang es Springer in manchen Fällen, die Ablösung jüdischer Herausgeber zu verzögern, doch verhindern konnte er sie nicht. Zwischen 1933 und 1938 mußten mehr als 50 Zeitschriftenherausgeber und -redakteure beim Springer-Verlag ausscheiden. Es wird unmöglich sein, ihr weiteres Schicksal im einzelnen zu verfolgen. Ein Beispiel stehe für andere: Arnold Berliner, der 1913 »Die Naturwissenschaften« gegründet und

seither herausgegeben hatte (s.S.192), mußte am 13.8.1935 seine Tätigkeit für den Verlag einstellen. Immerhin war es Springer gelungen, ihn noch länger als andere Herausgeber zu halten. Berliners Wunsch, die Redaktion ein Vierteljahrhundert lang geleitet zu haben, also bis Ende 1937, konnte sich nicht erfüllen.

Die Kampagne gegen Berliner hatte schon 1934 eingesetzt. Hinter vorgehaltener Hand wurden außerhalb des Verlags sogar schon mögliche Nachfolger genannt. So hatte Prof. Ubbelohde von der TH Berlin am 14. 1. 1935 seinem Rektor entsprechende Vorschläge gemacht. Er warf Berliner »extreme Propagandatätigkeit für die Ergebnisse jüdischer Gelehrter« vor und wies auf Einsteins Geburtstagsaufsatz in den »Naturwissenschaften« hin, »der als charakteristisch angesehen werden kann für das Prinzip des Lobes auf Gegenseitigkeit unter jüdischen Gelehrten. – Besonders bedenklich erscheint, daß auch noch heute auf dem Titel der »Naturwissenschaften« zu lesen ist, daß diese Zeitschrift offizielles Organ ist sowohl der Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte als auch Organ der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften« [BA.P].

Die KWG hatte eine »grundlegende Umgestaltung der Gesellschaft im nationalsozialistischen Sinne« wahrscheinlich durch eine Politik der »Selbstgleichschaltung« verhindert und war dadurch weitgehend handlungsfähig geblieben [ALBRECHT: 375]. Wohl wußte man in der KWG, daß Berliner Jude war, doch er hatte einflußreiche Fürsprecher. Einigen der neuen Herren erschien es jedoch untragbar, daß der Herausgeber ihres Organs Jude war. Hieran nahm insbesondere Rudolf Mentzel, als Referent von Minister Rust zuständig für Forschungsaufgaben, Anstoß. Mentzel, Ordinarius für Wehrchemie an der TH Berlin und 1936 Nachfolger von Johannes Stark als Präsident der PTR, schrieb nach einer Verwaltungsratsitzung der KWG am 9.4.1935 in einem Aktenvermerk, daß das Ministerium Rust es begrüßen würde, »wenn die KWG eine geeignete Form fände, um ihre Beziehungen zu dem Herausgeber der »Naturwissenschaften«, Herrn Berliner, zu lösen«. Dies klingt fast noch moderat. In einem handschriftlichen Zusatz für Ministerialdirektor Theodor Vahlen wird Mentzel jedoch deutlicher:

Ich bin der Ansicht, daß es einfach untragbar ist, daß das *amtl.* Organ der KWG von einem Juden geleitet wird. Ich bin der Ansicht, daß wir als Aufsichtsbehörde das Verlangen stellen müssen, entweder: Berliner verschwindet aus der Redaktion der »Naturwissenschaften« oder der KWG wird untersagt, dies Blatt als offizielles [Organ?] der KWG zu bezeichnen.

Ich bin für *sofortiges* Handeln! [BA.P]

333: *Ferdinand Springer gelang es, die geforderte Demissionierung der beiden Herausgeber Paul Fraenkel und Fritz Straßmann noch bis 1935/36 zu verzögern.*

Max Plancks Eintreten für Berliner hatte nur aufschiebende Wirkung bis zum Juli 1935 [BA. P]. Um die Aufnötigung eines nicht genehmen neuen Herausgebers zu verhindern, mußte sich der Verlag einen Monat später von Arnold Berliner trennen. Nach seinem Ausscheiden fuhr Berliner am 19. 9. 1935 mit seinem Freund Max von Laue auf dem HAPAG-Schiff ›Berlin‹ in die USA und ein weiteres Mal 1937. Trotz dringlicher Bitten von Freunden, die seine Existenz in den USA sichern wollten, kehrte er wieder nach Deutschland zurück. Die ihm vom Verlag zugesagte Rente von monatlich 900 RM erhielt er bis zu seinem Tod 1942.

Im ersten Nachkriegsheft der ›Naturwissenschaften‹ [Nr. 9 vom 15. 11. 1946] schrieb Max von Laue ihm einen Nachruf, der mit den Worten endet: »Über die Plötzlichkeit der Entlassung ist Berliner schließlich hinweggekommen und hat dem Verlag Springer gegenüber bis zuletzt Liebe und Dankbarkeit empfunden. Aber daß seine Tätigkeit überhaupt durch Zwang beendet wurde, das hat ihn in der Wurzel seines Wesens getroffen. Trotzdem hat er noch fast 7 Jahre gelebt, immer mehr bedrückt durch die wachsende Judenverfolgung, immer mehr eingeschränkt in allen seinen Betätigungen. Schließlich zog er sich wie ein Einsiedler in seine schöne Behausung in der Kielganstraße zurück... er hoffte bis zuletzt auf eine Wendung zum Besseren. Er hat sie nicht mehr erlebt. Als man ihn aus seiner Wohnung, der letzten Zuflucht, vertreiben wollte, führte er einen längst für diesen Fall gefaßten Entschluß aus und schied [am 22. 3. 1942] aus dem Leben.«

334: Otto Blumenthal (1876–1944) war 1898 David Hilberts erster Doktorand gewesen. Seit 1905 o. Professor an der TH Aachen und von 1920–1938 geschäftsführender Herausgeber der ›Mathematischen Annalen‹. Nach seiner Zwangsenteignung 1933 und dem 1938 erzwungenen Ausscheiden aus der Redaktion emigrierte Blumenthal 1939 in die Niederlande. 1940 wurde er von den Deutschen deportiert und kam 1944 in Theresienstadt um.

Bei emigrierten Wissenschaftlern waren die Behörden zurückhaltender mit ihren Repressionen. So wurden die Mathematiker Otto Blumenthal (›Mathematische Annalen‹), Richard Courant, Begründer der ›Grundlehren der mathematischen Wissenschaften‹, und Otto Neugebauer, Herausgeber des ›Zentralblatts für Mathematik‹ und des ›Zentralblatts für Mechanik‹, noch bis Ende 1938 auf dem Titel ihrer Zeitschriften genannt, und sie nahmen zumeist auch noch ihre Funktionen wahr. Ihnen wurde ein Herausgeberhonorar selbst dann noch überwiesen, als sie (wie z. B. Otto Blumenthal) ihre Tätigkeit nicht mehr ausüben konnten.

Bei Buchreihen, die im Regelfall nicht periodisch erscheinen, blieb für den Herausgeberwechsel stets etwas mehr Zeit, und der Verlag konnte mit den häufig schon an der Arbeit gehinderten Herausgebern Absprachen treffen. So war für die von Max Born und James Franck seit 1925 herausgegebenen Reihe ›Struktur der Materie‹ (s. S. 270) schon zu einem früheren Zeit-

punkt die Zuwahl eines Vertreters der physikalischen Chemie beschlossen worden. Eine Zusage von Hermann Mark lag bereits vor. Als dann im Frühjahr 1933 erkennbar wurde, daß Born und Franck wegen ihrer bevorstehenden Emigration nur noch befristete Zeit als Herausgeber tätig sein konnten, zögerte Mark. Man werde es ihm im Kollegium der Wiener Universität übel vermerken, berichtete Tönjes Lange von einem Gespräch mit Mark, wenn er sich gewissermaßen zur »Aufnordung« der jetzigen Herausgeber zur Verfügung stellen würde. Ein ähnlicher Vorwurf träfe auch den Verlag. Erst als die ausdrückliche Zustimmung von Born und Franck vorlag, sagte er zu und gewann als Mitherausgeber Friedrich Hund (Leipzig).

Bei ›Beilsteins Handbuch der Organischen Chemie‹ wurde eine Neubesetzung durch die ›Deutsche Chemische Gesellschaft‹ als der herausgebenden Institution verfügt: Bernhard Prager mußte schon 1933 aus der Redaktion ausscheiden, Dora Stern 1937. Friedrich Richter, Angehöriger der Redaktion seit einigen Jahren, übernahm nun die verantwortliche Herausgabe. Der Titelzusatz ›Bearbeitet von Bernhard Prager und Paul Jacobson‹ – letzterer war bereits 1923 gestorben – konnte noch bis 1936 geführt werden.

In einigen Fällen behalt sich der Verlag, indem er die Namen der Herausgeber nicht mehr auf dem Titelblatt nannte. So stand beim ›Handbuch der speziellen pathologischen Anatomie und Histologie‹ von Lubarsch und Henke seit 1939 auf dem Titelblatt lediglich »Unter Mitarbeit hervorragender Fachgelehrter«. Bei Zeitschriften, die auch die Namen ihrer Gutachter in der Titelei aufführten – so z.B. ›Naunyn-Schmiedeberg's Archiv für experimentelle Pathologie und Pharmakologie‹ –, begnügte man sich bis 1938 mit der Streichung der Ortsangaben – Istanbul, Prag oder London hätten Verdacht erregen können; danach wurde kein Gutachter mehr genannt [STARKE: 27].

Zu den Verlusten dieser Jahre gehörten auch die ›Wissenschaftlichen Abhandlungen der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt‹, die der Verlag 1894 mit dem ersten Band übernommen hatte. Da Johannes Stark, seit April 1933 Präsident der PTR, unverhohlen ein Gegner des Verlags war, konnte nur noch der bereits in Arbeit befindliche Band für das Jahr 1934 bei Springer erscheinen. Danach gingen die Abhandlungen der PTR an den Leipziger Verlag S. Hirzel über.

Es ist auch nicht annähernd genau zu ermitteln, in welchem Umfang der Springer-Verlag von der Vertreibung jüdischer Wissenschaftler betroffen wurde. Allein in Göttingen verloren neun Autoren die Lehrbefugnis [BECKER: 493 ff.]. In den Briefen an

335: Friedrich Richter (1896–1961) wurde 1923 mit den Vorbereitungen zum 1. Ergänzungswerk des ›Beilstein‹ und 1928 mit den Planungen für das 2. Ergänzungswerk beauftragt. 1933 übernahm er als Nachfolger von Bernhard Prager (1867 bis 1934) die Leitung der gesamten Redaktion. 1943/44 überführte er sie nach Zobten/Niederschlesien und kurz vor Kriegsende nach Tharandt bei Dresden.

336: Für Johannes Stark war es ein Stachel, daß die ›Wissenschaftlichen Abhandlungen‹ der von ihm geleiteten PTR weiterhin bei Springer erschienen, und er erzwang einen Verlagswechsel.

den Verlag wurden diese Vorgänge wegen der befürchteten Zensur zumeist nur in kryptischen Wendungen angesprochen. Häufig wurde auf ein geführtes Gespräch hingewiesen oder eine Aussprache vereinbart, doch hierzu gibt es begreiflicherweise keine Aufzeichnungen. Die Verstoßung bedeutender jüdischer Wissenschaftler ist schon vielfach dargestellt worden (z. B. Max Born, Richard Courant, James Franck, Fritz Haber, Rudolf Nissen, Richard Willstätter). Als Beispiel soll daher von einem jungen Wissenschaftler berichtet werden, der gerade am Anfang seiner wissenschaftlichen Karriere stand:

Willy Prager (1903–1980) war von 1929 bis 1932 Privatdozent am Institut für Angewandte Mechanik in Göttingen. Im Frühjahr 1931 hatte er Gespräche mit dem Verlag über ein Buch ›Mathematische Instrumente‹ geführt, das in den ›Grundlehrern der mathematischen Wissenschaften‹ erscheinen sollte; der Vertrag wurde Anfang Juni 1931 ausgefertigt. Weitere Absprachen gab es über eine mit Kurt Hohenemser zu schreibende ›Dynamik der Stabwerke‹ und ein Buch über spannungsoptische Methoden, das Prager gemeinsam mit seinem Assistenten Gustav Mesmer schreiben wollte. Dieses Manuskript sollte spätestens am 1.5.1934 vorliegen. Prager war an einer Beschleunigung sehr gelegen, da er inzwischen zum Ordinarius für Mechanik an die TH Karlsruhe berufen worden war.

Am 1.4.1933 teilte Prager Julius Springer mit, daß die badische Regierung gemäß einer Verordnung vom 28.3.1933 seine Berufung aufgehoben habe. Seine Wohnung in Göttingen habe er aufgegeben, und der Umzug nach Karlsruhe sei eingeleitet. Alle diesbezüglichen Vereinbarungen mußten storniert werden. Selbstverständlich werde er versuchen, »eine Entschädigung für den im Augenblick noch gar nicht übersehbaren Schaden zu bekommen«. Springer konnte für den Übergang helfen, zumal die ›Dynamik der Stabwerke‹ schon in Produktion war. (Das Buch erschien dann im Oktober 1933.) An eine Fortführung des Manuskripts über die spannungsoptischen Methoden war vorerst aber nicht zu denken. Prager fand eine Stellung bei den Fieseler-Werken in Kassel, wo inzwischen auch sein Koautor Hohenemser tätig war. Doch schon im Sommer 1933 erhielt Prager eine Berufung auf einen Lehrstuhl für ›Angewandte Mathematik und Mechanik‹ in Istanbul⁷², der er im Dezember folgte.

Auch der Koautor Mesmer konnte seinen Termin nicht einhalten: »Durch die Ereignisse des letzten Jahres und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen und Schwierigkeiten,« schreibt er am 22.3.1934 an Springer, »war ich monatelang nicht

in der Lage, die Arbeiten an dem Buch zu fördern.« Allerdings vermutete Mesmer, daß Prager nun wohl ausfallen werde. Doch Springer ermutigte diesen zum Weitermachen und verlängerte den Ablieferungstermin um ein Jahr, also bis zum 1. 5. 1935. Prager akzeptierte. Da ihm jedoch nur die eigene und die »ziemlich umfangreiche Bibliothek« des gleichfalls nach Istanbul emigrierten Mathematikers Richard von Mises zur Verfügung stand, hatte er mit Mesmer eine andere Stoffaufteilung vereinbart.

Ein Jahr später, am 3. 5. 1935, berichtete Mesmer, Prager habe der türkischen Presse entnommen, daß Veröffentlichungen jüdischer Autoren in Deutschland verboten seien. Wenn dem so sei, müsse er es ablehnen, die Literatur eines Landes zu bereichern, in dem solche Bestimmungen erlassen werden können, ohne den schärfsten Protest aller Gebildeten hervorzurufen. Prager bäte um Aufklärung. Springer zitierte in seiner Antwort einen Erlaß des Reichsministers des Innern vom 14. 11. 1934⁷³, demzufolge wissenschaftliche Literatur nicht der Zuständigkeit der Reichsschrifttumskammer unterstehe und nicht erfaßt werde. »Herr Prof. Prager kann also unangefochten als Mitherausgeber . . . auftreten.« Ob Springer seine Antwort an Mesmer richtete, weil er die Zensur fürchtete oder weil vielleicht Prager es so gewünscht hatte, war nicht zu ermitteln. Es mag dahingestellt sein, ob Prager der in vollem Wortlaut zitierte Ministerialerlaß ermutigte. Zudem konnte der Hinweis, daß die Reichsschrifttumskammer für wissenschaftliche Literatur nicht zuständig war, keineswegs als Zustimmung zur Veröffentlichung gelten.

Schließlich machte Prager noch den Vorschlag, das Buch im Wiener Springer-Verlag erscheinen zu lassen, ein Gedanke, dem Springer sich nicht abgeneigt zeigte. Doch letztlich wollte Prager das Buch nicht mehr für einen deutschen Verlag schreiben. Mesmer wußte von einer »gefühlsmäßig starken inneren Abneigung« zu berichten. »Immer wieder fühlt er [Prager] sich – insbesondere durch die Nachrichten in der dortigen Presse und die persönlichen Erfahrungen z. B. des Herrn Prof. von Mises bei [einem Leipziger Verlag] – derart abgestoßen und in seinem Stolz verletzt, daß er die Mitarbeit prinzipiell immer mehr ablehnt.«

In einer Aktennotiz vom 18. 10. 1935 konstatiert Julius Springer dann lakonisch: »Mesmer kann die ›Spannungsoptik‹ nicht mehr zusammen mit Professor Prager herausgeben, da er als Staatsbeamter gemäß Rücksprache mit seinem Rektor Schwierigkeiten erwartet . . .« Acht Tage vorher hatte Julius Springer seine Teilhaberschaft aufgeben müssen (s. S. 344), und er teilte

337: Die ›Dynamik der Stabwerke‹ von Kurt Hohenemser und Willy Prager erschien im Oktober 1933, als Prager schon im Begriff war, in die Türkei zu emigrieren.

338: Erwin Straus (1891–1975) war von 1928 bis 1934 Mitherausgeber der Springer-Zeitschrift ›Der Nervenarzt‹. 1938 emigrierte er in die Vereinigten Staaten. Sein Buch wurde bis 1939 von 35 (davon 17 reichsdeutschen) Zeitschriften rezensiert.

Mesmer am 24. 10. 1935 mit, »daß die zwischen uns getroffenen Verabredungen für die Verlagsbuchhandlung Julius Springer bindend sind«. Die ›Spannungsoptik‹ erschien dann im August 1939, von Gustav Mesmer allein verfaßt. Im Vorwort dankt der Autor »Herrn Prof. Dr. Ing. W. Prager (Istanbul)⁷⁴ für die ursprüngliche Anregung zur Herausgabe des Buches«.

Bis 1935 war man noch unsicher, ob bzw. für welche jüdischen Wissenschaftler ein Publikationsverbot galt. So verfuhr der Springer-Verlag zunächst nach dem Grundsatz: Was nicht verboten ist, gilt als erlaubt. Die in Arbeit befindlichen Bücher wurden noch fertiggestellt. So erschienen 1934 revidierte Ausgaben von Arnold Berliners ›Lehrbuch der Physik‹ und von Rudolf Höbers ›Lehrbuch der Physiologie des Menschen‹, 1935 Erwin Straus' ›Vom Sinn der Sinne‹ und ›Der Aufbau der Atomkerne‹ von Lise Meitner und Max Delbrück.

Rudolf Höber war schon im April 1933 aufgrund des Berufsbeamtengesetzes entlassen worden. Zunächst war er nach England emigriert, erhielt aber schon ein Jahr später eine Professur für Physiologie an der University of Pennsylvania, School of Medicine, in Philadelphia. Sein Lehrbuch, 1934 in einer Auflage von 4000 Exemplaren gedruckt, verkaufte sich weiterhin recht gut, und Springer erwartete einen Ausverkauf für den Herbst 1938. So bat er den Autor am 4.4.1937, eine neue Auflage vorzubereiten, deren Manuskript er bis zum 1.4.1938 erbat.

339: Das Lehrbuch von Rudolf Höber (1873–1952) konnte 1934 noch in 7. Auflage bei Springer neu aufgelegt und verkauft werden.

340: Eine revidierte 8. Auflage wurde dem Verlag nicht genehmigt. Diese brachte dann der Berner Verlag Stämpfli & Cie. 1939 heraus.

Springer gedachte, wiederum 4000 Exemplare drucken zu lassen.

Am 9.4.1938 teilte Höber seinem Verleger mit, daß 75 % des bearbeiteten Manuskripts fertig seien. Die neue Auflage werde von besonderem Nutzen sein durch seine »vierjährigen Erfahrungen als Lehrer und Forscher in einem Land, in dem die Physiologie sich auf einem sehr hohen Niveau befindet«. Ehe diese Mitteilung Springer erreicht hatte, mußte er seinem Autor mitteilen, daß »keine Aussicht auf eine Zustimmung der maßgebenden Stellen« bestehe.⁷⁵ Höber fürchtete nun, die zeitraubende Bearbeitung ohne Aussicht auf deren Druck (und ein Honorar) gemacht zu haben, doch es fand sich eine andere Lösung: Einige Wochen später hatte er ein Gespräch mit dem Berner Verleger Wilhelm Stämpfli in Philadelphia, der sehr an der neuen Auflage interessiert war. Diese Schweizer Ausgabe kam rasch zustande, zumal Springer hierfür kostenlos die Klischees der 7. Auflage zur Verfügung stellte. Auch eine 3. spanische Ausgabe war geplant, doch sie scheiterte wegen des noch anhaltenden Bürgerkriegs.

Die 8. Auflage erschien im November 1938 mit der Jahreszahl 1939. Zunächst war der Absatz schleppend, doch als in der Schweiz während des Krieges die Versorgung mit Lehrbüchern deutscher Verlage immer schwieriger wurde, belebte sich der Verkauf.

Wenn sich Verleger naturwissenschaftlicher Bücher und Zeitschriften Reglementierungen eher entziehen konnten als Verleger schöngeistiger Bücher, so lag dies, neben den im Grundsatz ideologieneutralen Texten, auch an der Kompetenzvielfalt. Als Verleger waren sie zwar Mitglied der Reichsschrifttumskammer (RSK), nicht aber ihre Autoren. Für »belletristische« Autoren hingegen war die Mitgliedschaft in der RSK die Voraussetzung schriftstellerischer Tätigkeit. Juden war sie seit 1935/36 definitiv versagt.⁷⁶

Im Dickicht der Zuständigkeiten

Für den Wissenschaftsbereich war zwar das Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung unter Bernhard Rust zuständig, doch von dieser Seite wurde kaum versucht, die Literaturproduktion von Naturwissenschaftlern zu beeinflussen. Die RSK bemühte sich zwar immer wieder, auch wissenschaftliche Literatur unter ihre Kontrolle zu bringen, doch diese Versuche scheiterten stets, und dies nicht zuletzt wegen der Unmöglichkeit, wissenschaftliche Literatur genau abzugrenzen.⁷⁷ Einen der RSK vergleichbaren korporativen Zusammenschluß wissenschaftlicher Autoren hat es nicht gegeben.

Eine Kontrollinstanz, mit der sich belletristische und auch geisteswissenschaftliche Verlage herumplagen mußten, war die ›Parteiamtliche Prüfungskommission‹ (PPK). Sie war am 15. 4. 1934 als Institution der Reichsleitung der NSDAP gegründet worden [BARBIAN: 205 ff.] und hatte darüber zu wachen, »daß nationalsozialistisches Ideengut nicht von Unberufenen verfälscht oder in einer, die breite Öffentlichkeit irreführenden Weise geschäftlich ausgewertet wird«. Ihrem Auftrag nach war sie also im Grundsatz nicht für die Prüfung naturwissenschaftlicher Literatur zuständig. Sie wirkte allerdings indirekt bei der Prüfung wissenschaftlicher Literatur mit, sofern deren Inhalt ideologisch relevant zu sein schien.⁷⁸

Am 14. 7. 1937 schloß das Ministerium mit dem Vorsitzenden der PPK, Reichsleiter Philipp Bouhler, ein ›erweitertes Arbeitsabkommen‹, das sich auf alle Fragen des Schrifttums aus dem Arbeitsbereich des Reichserziehungsministeriums, d. h. »das gesamte wissenschaftliche, erzieherische und volksbildnerische Schrifttum« bezog. Die Dienststelle von Alfred Rosenberg (›Der Beauftragte des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP‹), war »im Rahmen des obigen Arbeitsabkommens seinem Auftrag entsprechend beteiligt«, ebenso die »übrigen Dienststellen der Partei«. [›Vertrauliche Mitteilungen‹ der PPK vom 7. 12. 1938]. In welchem Umfang dieses Amtshilfeabkommen wirksam wurde, war nicht zu ermitteln.

Es bestand also eine beträchtliche Kompetenzvielfalt. Wer allerdings nur die Verordnungen kennt, könnte annehmen, daß das Kontrollsystem perfekt war, doch in der Praxis hat gerade diese Vielfalt der Zuständigkeiten die Wirksamkeit des Systems beeinträchtigt. Die Instanzen waren häufig nur noch mit ›Abgrenzungsfragen‹ beschäftigt. Die scheinbare Perfektion des Apparates hatte freilich bei Autoren und Verlegern eine starke Verunsicherung zur Folge, so daß man etwas überspitzt sagen kann, daß die Selbstkontrolle der Verlage und die Anzeige durch ›wachsamen Volksgenossen‹ wirksamer waren als die Eingriffe der Zensurinstanzen.

Einen besonderen Schutz bot der Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht, von 1935 bis 1937 auch kommissarisch Reichswirtschaftsminister und danach Generalbevollmächtigter für die Kriegswirtschaft. Ende 1933 waren die Devisenbestände der Reichsbank fast erschöpft. Schacht bemühte sich, alle Maßnahmen zu unterbinden, die eine Schwächung der Wirtschaft, insbesondere aber einen Rückgang der Deviseneinnahmen zur Folge haben könnten⁷⁹, zumal auch die Exporte durch die Abwertung der meisten ausländischen Währungen (s. S. 322) er-

mann am Weltkrieg teilgenommen habe. Staemmler reagierte kühl: es ginge doch nicht um Fragen der Religionszugehörigkeit, sondern um Rasse. Der ›Arierparagraph‹ des Berufsbeamtengesetzes hatte inzwischen allgemeine Gültigkeit.

Der Verlagsgründer Julius Springer (1817–1877) stammte, ebenso wie seine Ehefrau, aus einer jüdischen Familie. Beide hatten sich um 1830 taufen lassen. Seitdem hatten weder Julius Springer noch seine Söhne und Enkel erkennbar ein besonderes Verhältnis zum Judentum. In den Erinnerungen von Marie Springer (1877) und denen ihres Sohnes Fritz (1925) wird die jüdische Herkunft mit keinem Wort erwähnt.

Die Kampagne gegen das Haus Springer wurde von verschiedenen Seiten geführt und erreichte 1935 einen ersten Höhepunkt. Für eine ›Arisierung‹ des Verlags trat insbesondere Wilhelm Baur, Leiter des parteiamtlichen Franz-Eher-Verlags und seit 1934 auch Erster Vorsteher des Börsenvereins, mit aller Entschiedenheit ein. Bei seinen Bemühungen konnte er auf die Mitwirkung anderer Parteifunktionäre zählen. Die Reichsschrifttumskammer verhielt sich bei diesem Kesseltreiben auffallend zurückhaltend. Die Gründe hierfür sind bis heute noch nicht vollständig aufgeklärt. Heinz Wismann, Leiter der Abteilung Schrifttum im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda und zugleich Vizepräsident der Reichsschrifttumskammer, hatte einen ziemlich regelmäßigen Kontakt zu Ferdinand Springer, insbesondere hinsichtlich des deutschen Buchexports. Dies traf auch zu für Paul Hövel, der, als Leiter der Wirtschaftsstelle des Deutschen Buchhandels für Exportfragen zuständig, Wismann als Referent unterstellt war. Dieser Kontakt war völlig normal, da Springer den mit weitem Abstand größten Auslandsumsatz hatte und über entsprechende Erfahrungen und Verbindungen verfügte. Übelwollende Verlegerkollegen behaupteten allerdings, »daß die Reichsschrifttumskammer in den letzten Monaten in steigendem Maße in das Schlepptau der Firma Julius Springer geraten« sei [Theodor Fritsch an Hans Hinkel, 4. 10. 1935; BDC].

Für Wismann war es besonders belastend, daß sein Schwiegervater Robert Hüssener seit 1933 als ›Berater‹ im Springer-Verlag tätig war. (Im Verlag sprach man von ihm als dem ›Ehren-Goi‹!) Wismann rechtfertigte dessen Tätigkeit mit dem Erfolg der Arbeit. Sein Schwiegervater habe bei der Arisierung von Springer-Zeitschriften mitgewirkt und »auf Anweisung der Kammer aus dem Verlage Springer nach und nach alle Juden zu entfernen unternommen« [Wismann an Theodor Fritsch, 15. 10. 1935; BDC]. Dies war vermutlich eine Schutzbehauptung, denn eine Mitwirkung seines Schwiegervaters im Perso-

nalbereich und auch bei der erzwungenen ›Arisierung‹ von Zeitschriften ist nicht nachzuweisen.

Es gab auch Verlegerkollegen, die sich veranlaßt sahen, darauf hinzuweisen, wie ›jüdisch‹ der Verlag sei. Selbst Autoren konnten hieran ein eigennütziges Interesse haben, wie das folgende Beispiel zeigt: Ein Professor der Berliner Technischen Hochschule (1878–1938), Autor des Verlags seit 1910, informierte am 4. 9. 1935 den ›Reichsverband Deutscher Schriftsteller‹ [BDC], daß er zwei mit Springer geschlossene Verlagsverträge aufzuheben gedenke. Da, wie der Autor selbst schreibt, der Rücktritt von einem Verlagsvertrag nur aus zwingenden Gründen möglich sei und es sich in seinem Fall um ein schon in zwei Auflagen verkauftes Buch handelte, kam seinem Wunsch eine Entscheidung des Oberlandesgerichts München vom 2. 2. 1935 zustatten [Juristische Wochenschrift, 1935, S. 2215]:

21. §§ 275, 242 BGB. Infolge der völlig veränderten politischen Verhältnisse kann einem Verleger aus wirtschaftlichen Gründen nicht zugemutet werden, das Werk eines jüdischen Urhebers weiterhin zu verlegen.

Dem Verlag ist die Erfüllung der durch den Verlagsvertrag vom Jahre 1929 übernommenen Verpflichtung, das Werk des Kl. zu vervielfältigen und zu verbreiten (§ 1 des Gef. über das Verlagsrecht), aus einem nach Entstehung des Schuldverhältnisses eingetretenen, von ihm nicht zu vertretenden Umstand unmöglich geworden und er damit nach § 275 BGB. insoweit von der Verpflichtung zur Leistung frei geworden.

(OLG. München, Urt. v. 4. Febr. 1935, BeschwReg. L 1296/34, V.)

342: Wenn es einem arischen Verleger nach einem Münchner Gerichtsurteil nicht zugemutet werden konnte, das Werk eines jüdischen Autors weiterhin zu verlegen, so lag auch der Umkehrschluß nahe.

Er hatte nun erfahren, daß die »nichtarische bzw. arische Eigenschaft der Firma Julius Springer im Augenblick an der zuständigen Stelle zur Entscheidung stehen soll und daß zu befürchten ist, daß sie als arisch anerkannt wird«. Er meinte, gegen diese Möglichkeit »die schärfste Verwahrung einlegen« zu müssen. Der Reichsverband werde sich, so heißt es weiter in diesem Schreiben »aufs höchste verdient machen, wenn er sich an zuständiger Stelle mit Nachdruck dafür einsetzt, daß der Verlag Julius Springer als nichtarisch bezeichnet wird, was er nach seinem ganzen Wesen auch ist« [BDC].

Springer, der diesen Brief natürlich nicht kannte, wohl aber die Einstellung des Autors, entließ ihn ohne Widerspruch aus seinen vertraglichen Verpflichtungen; mochte ein anderer Verlag, mit dem der Autor schon Absprachen getroffen hatte, ernten, wo Springer gesät hatte. Es blieb die Sorge, daß auch andere Autoren nach diesem Beispiel eine Vertragsaufhebung würden erzwingen wollen.

*Julius Springer muß
ausscheiden*

Das ›Reichsbürger-Gesetz‹ vom 15. 9. 1935, eines der beiden sogenannten ›Nürnberger Gesetze‹, nötigte den Springer-Verlag zu einer schwerwiegenden Entscheidung: Julius Springer d.J., Mitinhaber des Verlags neben Ferdinand Springer d.J. seit 1907 und zuständig für die gesamte Technikplanung, war nach diesem Gesetz nur noch ›Staatsbürger‹ mit eingeschränkten Rechten; nur Arier konnten Reichsbürger (dies war ein neuer Begriff) sein. Er galt nach diesem Gesetz als Jude, da er von drei jüdischen Großeltern⁸⁰ abstammte. Nur wenige Tage nach der Verabschiedung des Gesetzes, am 20. 9. 1935, verlangte die Reichsschrifttumskammer von Ferdinand Springer das sofortige Ausscheiden seines Veters und Teilhabers. Andernfalls werde dies in sehr naher Zukunft behördlicherseits erzwungen werden [HÖVEL (1): 392]. Eine rasche und einvernehmliche Trennung war also geboten, zumal der Verlag bei einer behördlichen Aktion mit dem Risiko rechnen mußte, daß auch Ferdinand Springers Stellung und damit die des Verlags noch mehr gefährdet worden wäre, als dies ohnehin der Fall war. Nach dem Reichsbürger-Gesetz galt er als Halbjude.

Am 10. 10. 1935 hielt Ferdinand Springer auf einer Betriebsversammlung eine kurze Ansprache, in der er das Ausscheiden seines Partners mitteilte:

Ich habe Sie zusammengerufen, um Ihnen eine ernste, für unsere Firmen bedeutungsvolle Mitteilung zu machen: Nach mehr als 30jähriger verantwortlicher Arbeit im Dienste unserer alten Firma hat sich mein Vetter und Sozium Dr. Ing. e.h. Julius Springer entschlossen, für sich und seinen Familienzweig aus unseren Firmen auszuschneiden.

... Von den Männern, die bisher die Geschicke unserer Firma geleitet haben, hat jeder den Grundsatz vertreten, daß der Inhaber der erste Diener des Unternehmens sei. Keiner von uns aber hat diesen Grundsatz uneigennützig in die Tat umgesetzt als mein Vetter Julius: in dem Augenblick, in dem er die Überzeugung gewann, durch seinen Verzicht dem Gesamtunternehmen volle Anerkennung und ungehemmte Arbeitsmöglichkeit im neuen Staate sichern zu können, hat er freiwillig den Entschluß zum Austritt gefaßt und durchgeführt.

Was mein Vetter Julius als Verleger auf technischem Gebiet geleistet hat, ist in der ganzen Welt anerkannt. Es wird sehr schwer sein, sein Wissen und Können zu ersetzen. Wie er in 30 Jahren sozial gedacht und gehandelt hat, will ich an einem Beispiel zeigen: seine silberne Hochzeit beging er vor einigen Jahren in schwerer Zeit [1931] nicht mit lautem Feiern, sondern dadurch, daß er eine große Geldsumme verteilte an Mitarbeiter, denen es wirtschaftlich schlecht ging...

Wenn ein Offizier im Felde ausfällt, so tritt ohne viel Aufhebens ein anderer, berufener an seine Stelle. In voller Übereinstimmung mit meinem Vetter habe ich meinen langjährigen bewährten Mitarbeiter Tönjes Lange als Teilhaber in unsere deutschen Firmen aufgenommen. Ich weiß, daß Sie alle ihm die Achtung entgegenbringen, auf die er nach Leistung und Gesinnung Anspruch hat.

Wenn wir heute auseinandergehen, so wird jeder von Ihnen über

diese Ereignisse im Kreise der Seinen reden. Ich bitte Sie alle, bei der Besprechung dieser Vorgänge jede Sensation auszuschalten und die Würde zu wahren. Ich bemerke auch noch, daß mein Vetter unter voller Zustimmung der Reichsschrifttumskammer in den nächsten Monaten noch im Hause tätig sein wird, um den ungestörten Übergang der Geschäfte zu sichern...

343: Durch ein Rundschreiben vom 9. 10. 1935 erfuhren die Autoren und Herausgeber des Verlags vom Ausscheiden des Teilhabers Julius Springer und von der Aufnahme des bisherigen Generalbevollmächtigten Tönjes Lange als neuem Gesellschafter. Allen Empfängern wird bewußt gewesen sein, daß diese Veränderung in unmittelbarem Zusammenhang mit dem knapp drei Wochen zuvor verabschiedeten ›Reichsbürger-Gesetz‹ stand.

Einen Tag zuvor hatte Springer die Autoren und den Buchhandel durch ein Rundschreiben informiert. Die Autoren reagierten mit Betroffenheit und auch mit verhaltenem Zorn. Bemerkenswert ist ein Brief Richard Courants aus New Rochelle: »Wie Sie wissen,« schreibt Courant am 6. 11. 1935, »bin ich ja schon seit vielen Jahren der festen Überzeugung, daß ein Verlagsunternehmen von der Solidität, Gründlichkeit und Großzügigkeit wie das Ihrige für Amerika eine absolute Notwendigkeit ist.« Courant fragte Julius Springer, ob er nicht geneigt sei, »sehr bald einmal zu einer orientierenden Exkursion für ein paar Wochen hier herüber zu kommen«. Er war davon überzeugt, daß Springer sich in den USA leicht über Schwierigkeiten

und Möglichkeiten eines Verlagsunternehmens orientieren könne. Darüber hinaus bedeute ein Aufenthalt in diesem Lande immer eine große Erfrischung. »Wenn ich Ihnen in diesen Dingen irgendwie von Nutzen sein kann, so bitte ich Sie, über mich zu verfügen.« Wir wissen nicht, ob Julius Springer diese Möglichkeit ernsthaft erwogen hat. Ein Grund, von einem solchen Unternehmen abzusehen, war die wohl berechtigte Befürchtung, daß eine zu diesem Zeitpunkt in den USA gegründete Niederlassung des Springer-Verlags die Probleme für das deutsche Haus noch vergrößert hätte.

An Julius Springers Stelle in der Verlagsleitung trat der langjährige Mitarbeiter und (seit 1934) Generalbevollmächtigte Tönjes Lange. Julius Springers Aufgaben im Technikbereich wurden nun von Beratern wahrgenommen. Ferdinand Springer konnte weiterhin mit einer Sondergenehmigung vom 5.7.1935 [DAHM: 110], die allerdings jederzeit widerrufbar war, tätig sein. Eine Bestätigung erfolgte am 29.5.1936.

Die ›Gefolgschaft‹ des Springer-Verlags

344: Der Katalog der in diesen Jahren geschaffenen ›Betriebsbücherei‹ beschränkte sich im wesentlichen auf buchhändlerische Fachliteratur, die für vier Wochen kostenlos ausgeliehen wurde. Für Bücher der Gruppe ›Weltanschauliches Schrifttum‹, die am Schluß des Verzeichnisses aufgeführt sind, waren je Woche 5 Pfennig zu zahlen.

Nach dem ›Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit‹ vom 20.1.1934 hatte auch im Wirtschaftsleben das ›Führerprinzip‹ zu gelten. Unternehmer waren nun ›Betriebsführer‹, die Arbeitnehmer bildeten die ›Gefolgschaft‹ (Anrede: »Arbeitskamerad«). An die Stelle der schon im Frühjahr 1933 abgeschafften Betriebsräte traten ›Vertrauensmänner‹. Dies waren gesetzliche Vorgaben, denen sich kein Unternehmen entziehen konnte.

Spätestens seit dem erzwungenen Ausscheiden von Julius Springer aus der Leitung des Verlags war allen ›Gefolgschaftsmitgliedern‹ bewußt, in einem Unternehmen tätig zu sein, dessen Haltung von den Machthabern argwöhnisch beobachtet wurde. Etwa ein Drittel der Mitarbeiter waren schon länger als 20 Jahre im Verlag tätig, weitere 40% länger als 10 Jahre. Sie honorierten die soziale Einstellung der Inhaber, die sich gerade während der Wirtschaftskrise gezeigt hatte. Die Sicherheit des Arbeitsplatzes und ein gutes Betriebsklima immunisierten sie weitgehend gegen politische Einflüsse.

Die meisten Betriebsangehörigen waren Mitglied der ›Deutschen Arbeitsfront‹, der Pseudogewerkschaft des Dritten Reiches. Zunächst war die Mitgliedschaft »erwünscht«, später wurde sie zum Zwang. Sie brachte Vorteile – z. B. Leistungen der Freizeitorganisation ›Kraft durch Freude‹ –, war aber mit einem Beitrag von 1,5% des Lohns nicht gerade billig. Mancher war sicher auch Mitglied der Partei oder einer ihrer Gliederungen, doch eine ›Parteizelle‹ hat es im Verlag zu keiner Zeit

gegeben. Die Inhaber und die ›leitenden Angestellten‹ – 6 Prokuristen und 8 Handlungsbevollmächtigte – wurden im Dezember 1933 aufgrund ihrer Funktion automatisch Mitglied der Reichsschrifttumskammer [DAHM (1): 73].

Die Arbeitszeit betrug 48 Stunden pro Woche, Überstunden waren mit 25 % Aufschlag zu vergüten. Der ›Normalurlaub‹ betrug 10 Tage pro Jahr, bei Springer hatte man aber schon nach 5 Jahren Verlagszugehörigkeit 15 Tage Urlaub. Die Gehälter richteten sich nach einer vom ›Treuhänder der Arbeit‹ vorgegebenen Tarifordnung mit 6 Stufen, von denen im Springer-Verlag praktisch nur 4 zur Anwendung kamen, die zwischen 140 und 400 RM lagen. Das Durchschnittsgehalt betrug – vom Pakker bis zum Buchhalter – 225 RM. Hinzu kam ein Weihnachtsgeld, das von den Chefs persönlich ausgehändigt wurde, ein Brauch, der noch bis in die 60er Jahre beibehalten wurde.

345: Start zum Betriebsausflug vor dem Verlagshaus. 1937 ging es nach Altenhof am Werbellinsee (Schorfheide).

Die Aufmerksamkeit der Kontrollinstanzen galt – neben der Ausschaltung jüdischer Autoren – fast ausschließlich der ideologischen Relevanz der Inhalte. Diese war bei den Geisteswissenschaften stets, doch nur selten bei den Naturwissenschaften gegeben. Natürlich gab es auch hier sensible Themenfelder, z. B. in der Medizin und Biologie (Geburtenregelung, ›Rassenhygiene‹), die von verschiedenen Institutionen argwöhnisch beobachtet wurden. Im Zweifelsfall überließ man derartige Manuskripte jenen Verlagen, die die Gunst des Regimes hatten und die auch über sachkundige Gutachter verfügten.

Die nicht öffentlich zugänglichen Verbotslisten der Reichsschrifttumskammer⁸¹ enthielten nur in Ausnahmefällen auch naturwissenschaftliche Literatur. Nach meiner recht genauen Durchsicht waren dies nicht einmal 50 Titel, also 3 Promille der insgesamt verzeichneten Titel. Hierbei handelt es sich zumeist um Themen der Empfängnisverhütung, der Psychoanalyse, der Psychologie oder um andere Bereiche, die mit der NS-Ideologie nicht im Einklang waren. Titel, die selbst Außenstehenden von rüstungswirtschaftlicher Bedeutung erscheinen, blieben noch bis 1940/41 von der Zensur und auch von Vertriebsbeschränkungen unberührt. Selbstverständlich hat es aber auch damals in den Industrie- und Rüstungsbetrieben Genehmigungsinstanzen gegeben, denen Mitarbeiter ihre wissenschaftlichen Arbeiten vor der Veröffentlichung vorzulegen hatten. Dies ist selbst in Friedenszeiten bei der Publikation hausinterner Forschungsergebnisse üblich und wird auch heute so gehandhabt.

Zahlreich waren die Anweisungen, die den Verlagen und insbesondere den Zeitschriftenredaktionen regelmäßig zur Be-

Kontrollmaßnahmen bis 1939

achtung übermittelt wurden. In Anbetracht der sorglosen Behandlung wehrtechnisch wichtiger Beiträge wirken manche dieser Anweisungen geradezu grotesk. So wurden die Redaktionen Mitte der 30er Jahre angewiesen, bei ausländischen Wissenschaftlern aus dem deutschen Siedlungsraum im weitesten Sinne in der Anschrift stets den deutschen Ortsnamen anzugeben. Es war also unzulässig, Poznan statt Posen, Praha statt Prag oder Bratislava statt Preßburg zu schreiben. Springer lehnte es ab, seine Herausgeber in diesem Sinne zu beeinflussen; die Autoren sollten selbst entscheiden, da eine eigenmächtige Änderung der Ortsnamen durch den Verlag für sie unliebsame Folgen im eigenen Land haben könne.

Für die Rezension wichtiger Arbeiten jüdischer Autoren galt der Grundsatz: Keine positiven Interpretationen. Da ausländische Literatur in den Referateorganen des Springer-Verlags noch bis 1944 ausgewertet wurde, finden sich hier noch bis Kriegsende Referate über Arbeiten jüdischer Autoren [KNOCHE (2): 272f.]. Ihr Anteil dürfte aber noch wesentlich größer gewesen sein, als dies bei einer nur auf den Namen fixierten Durchsicht den Anschein hat. Von ausländischen Autoren konnte zudem kein Ariernachweis verlangt werden.

Verbotenes und Geduldetes

Als im Mai 1935 ein neues Preisverzeichnis des Springer-Verlags erschien, wurden darin noch zahlreiche Bücher jüdischer Autoren, von denen die meisten schon emigriert waren, angezeigt.⁸² Man findet noch die Namen Arnold Berliner, Niels Bohr, Max Born, Richard Courant, Albert Einstein, Josef Jadassohn, Max Kurrein, Otto Lubarsch, Georg Schlesinger, Otto Warburg und Richard Willstätter. Das Angebot und der Verkauf von Büchern jüdischer Naturwissenschaftler wurde also noch geduldet, da die deutsche Wissenschaft nicht auf sie verzichten konnte. Hinzu kam, daß z.B. an Handbüchern neben jüdischen auch andere Autoren mitgearbeitet hatten.

Die ›Anordnung des Präsidenten der Reichsschrifttumskammer über schädliches und unerwünschtes Schrifttum‹ vom 25.4.1935 brachte hinsichtlich des Verbots wissenschaftlicher Bücher eine gewisse Klarheit. In § 1 heißt es: »Die Reichsschrifttumskammer führt eine Liste solcher Bücher und Schriften, die das nationalsozialistische Kulturwollen gefährden.« Gemäß § 5 der Anordnung war »rein wissenschaftliches Schrifttum von dieser Regelung ausgenommen«. Es könne auf die Liste gesetzt werden, wenn der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung es wünsche oder damit einverstanden sei.

Jüdische Autoren werden in dieser ersten Anordnung nicht erwähnt. Auf die Unsicherheit, die sich hieraus ergab, wurde schon hingewiesen. Erst eine Anordnung vom 15.4.1940 enthält in § 4 den Hinweis, daß das Verlags- und Verbreitungsverbot schädlicher und unerwünschter Schriften »für Werke voll- oder halbjüdischer Verfasser (auch dann gilt), wenn sie nicht in die Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums eingetragen sind«.

Stichproben zeigen, daß keines der verbotenen Springer-Bücher indiziert war und daß andererseits indizierte Bücher nicht regelmäßig aus dem Handel gezogen wurden. Hierzu einige Beispiele:

Ernst von Harnack, ein Sohn Adolf von Harnacks, seit 1919 Mitglied der SPD, wurde 1932 als Regierungspräsident von Merseburg durch die Regierung Papen suspendiert und 1933

banner Schwarz-Rot-Gold und der Eisernen Front von ihrer Gründung bis zu ihrer Auflösung angehört. Nach seiner politischen Vergangenheit und seinen allgemein bekannten zweifelhaften Charaktereigenschaften ist v.Harnack keineswegs geeignet, das Wesen der Verwaltung im nationalsozialistischen Staat, insbesondere aber die charakterlichen Anforderungen, die an das nationalsozialistische Beamtentum zu stellen sind, zutreffend zu beurteilen.

Es muss im höchsten Grade überraschen, dass eine so stark vorbelastete Persönlichkeit der Systemzeit es überhaupt wagt, mit einem solchen Buch wieder in das Licht der Öffentlichkeit zu treten, und dass ein deutscher Verlag sich für das Werk eines solchen Autors interessiert.

Mir ist der Inhalt des Buches im einzelnen nicht bekannt; aber die Tatsache, dass laut Prospekt von einer früheren Systemgröße Fragen erörtert werden, die heute allein vom nationalsozialistischen Standpunkt aus beantwortet werden können, zwingt mich, Sie höflichst wie dringend zu ersuchen, jegliche Besprechung oder sonstige Hinweise auf das Buch in der Presse, insbesondere in der Fachpresse, umgehend abzustellen und das Buch selbst nicht herauszubringen.

Ich bitte umgehend um Mitteilung des von Ihnen Veranlassten.

346: Hanns Johst (1890–1978), der Präsident der RSK, schrieb am 23.7.1936 an den Verlag wegen Harnacks ›Praxis der öffentlichen Verwaltung‹ und ersuchte dringend, jegliche Hinweise in der Presse »umgehend abzustellen und das Buch selbst nicht herauszubringen«.

347: Ernst von Harnack (1888 bis 1945), ältester Sohn Adolf von Harnacks, wurde im April 1933 aufgrund des Berufsbeamtengesetzes aus dem Staatsdienst entlassen. Am 1. 2. 1945 wurde er vom Volksgerichtshof als Staatsfeind zum Tode verurteilt und am 3. 3. 1945 hingerichtet.

aufgrund des Berufsbeamtengesetzes entlassen. 1936 veröffentlichte er bei Springer ein Buch über ›Die Praxis der öffentlichen Verwaltung‹. Der Verlag hatte zunächst das Manuskript und später auch den Umbruch einem Sachverständigen zur Prüfung vorgelegt, dessen Hinweise der Autor auch beachtete.

Am 7. 7. 1936 wurde das Buch ausgeliefert. Gut zwei Wochen später, am 23. 7., erhielt Springer dann ein Schreiben des Präsidenten der Reichsschrifttumskammer Hanns Johst, in dem dieser ihm mitteilte: »Nach seiner politischen Vergangenheit und seinen allgemein bekannten zweifelhaften Charaktereigenschaften [!] ist von Harnack keineswegs geeignet, das Wesen der Verwaltung im nationalsozialistischen Staat . . . zutreffend zu beurteilen.« Zwar räumte Johst ein, daß ihm der Inhalt des Buches im einzelnen nicht bekannt sei, doch müsse er Springer gleichwohl ersuchen, die Auslieferung zu stoppen und alle Rezensionen- und Belegexemplare zurückzurufen. Die Deutsche Bücherei versagte sich allerdings der Rückgabe mit dem Hinweis, daß das Buch angezeigt, jedoch sekretiert werde. Das Verbot wurde lediglich mit Harnacks Tätigkeit während der Weimarer Republik⁸³ begründet; sachliche Einwendungen wurden nicht vorgebracht. Das Buch wurde in der Nationalbibliographie angezeigt, und es fehlt auch in der Verbotsliste der Reichsschrifttumskammer.

August Bier, ein hochangesehener deutscher Chirurg, war 1937 mit Wilhelm Filchner, Alfred Rosenberg und Ferdinand Sauerbruch unter den ersten Trägern des ›Deutschen Nationalpreises für Kunst und Wissenschaft‹, den Hitler gestiftet hatte, nachdem er Deutschen die Annahme des Nobelpreises untersagt hatte. Die Verleihung des Friedensnobelpreises an Carl von Ossietzky hatte hierzu den Anlaß gegeben. Im November 1938 veröffentlichte Bier bei Springer eine Broschüre unter dem Titel ›Neue Gesichtspunkte in der Vererbung‹. Da seine Thesen im Gegensatz zur NS-Vererbungslehre standen, hatten andere Verlage eine Veröffentlichung abgelehnt.

Bier und Springer waren sich darüber im klaren, daß es Ärger geben würde. So schrieb Springer am 5. 10. 1938 an seinen Autor: »Sie haben wiederholt die Meinung geäußert, man werde dieses Buches wegen den Autor und den Verleger beschimpfen. Ich halte das für wahrscheinlich, trage aber keine Bedenken, diese Tatsache auf mich zu nehmen in der Überzeugung, daß Sie das Recht haben, Ihre Beobachtungen und Meinung zum Ausdruck zu bringen«. Schon einen Tag später dankte Bier seinem Verleger, daß er bereit sei, »das Odium der Veröffentlichung mit auf sich (zu) nehmen«. Als dann Ende November 1938 die

348: August Bier (1861–1949), 1907 (bis 1932) Nachfolger des Chirurgen Ernst von Bergmann auf dessen Lehrstuhl in Berlin, führte nach Eigenversuchen die Rückenmarksanästhesie ein und entwarf im Ersten Weltkrieg den Stahlhelm der deutschen Armee. – **349:** Sein Buch wurde vom Verlag im November 1938 mit einer Doppelkarte angeboten.

Auslieferung erfolgte, stellte Bier dem Buch keine günstige Prognose, »schon weil es nicht in das allgemeine Geschwätz der heutigen Zeit hineinpaßt«.

Mit Rezensionen in 49 Fachzeitschriften war die Resonanz außerordentlich lebhaft. Die Aufnahme reichte von begeisterter Zustimmung über (wissenschaftlich begründete) Skepsis bis zur Ablehnung. Ein Referent schloß seine Rezension mit dem Hinweis, daß er »mit vorstehenden Ausführungen nur der Besprechungsaufgabe genügt hat und sich *in keiner Weise* mit der Veröffentlichung, ganz speziell dem 1. Teil, einverstanden erklären will«. Besprechungen in ideologisch orientierten Zeitungen blieben übrigens aus.

Schon im Frühjahr 1939 war ein Ausverkauf der tausend Exemplare abzusehen. Da dem Verlag die entschiedene Ablehnung des Buches durch parteiamtliche Stellen nicht verborgen geblieben war – man hatte dies ja vorausgesehen –, sondierte Tönjes Lange am 23.3.1939 persönlich bei der Parteiamtlichen Prüfungskommission⁸⁴ und schrieb folgende Aktennotiz:

Mit dem Inhalt des Bier'schen Buches haben sich die verschiedensten Parteistellen befaßt. Man sieht davon ab, sowohl das Buch zu verbieten, als auch davon, eine Gegenpolemik in der einschlägigen Presse zu veröffentlichen. – Es soll nach Möglichkeit verhindert werden, daß weitere Besprechungen erscheinen. Die mir von Abtlg. VI übergebenen habe ich mit der Bitte um Wiederrückstellung dort gelassen. – Die Auflage kann ausverkauft werden. Ein Neudruck darf nicht erscheinen. – Ankündigungen in Prospekten sollen unterbleiben.

Am 18.11.1939 mußte Ferdinand Springer seinem Autor dann definitiv mitteilen: »Ihr kleines Buch ist ausverkauft, hat also seinen Zweck erfüllt. Es wird nicht mehr möglich sein, es in der Literatur zu ignorieren. – Dieser Tatsache gegenüber spielt die

350: Richard Courants ›Methoden der mathematischen Physik‹, Band 2, verfaßt mit David Hilbert, erschien 1937, nachdem Courant schon drei Jahre zuvor emigriert war. Es durfte im Deutschen Bücherverzeichnis nicht angezeigt werden, da man Hilbert für einen Juden hielt. Das Buch wurde aber für so wichtig gehalten, daß noch im Januar 1945 ein Nachdruck erörtert wurde.

bedauerliche Anordnung, daß eine neue Auflage nicht erscheinen darf, wohl keine große Rolle mehr.«

Mit dieser Entscheidung wollte sich Bier jedoch nicht begnügen, sondern schrieb einen persönlichen Brief an Hanns Johst, den Präsidenten der Reichsschrifttumskammer. Er blieb ohne Erfolg.

1937 veröffentlichte Richard Courant, der 1934 nach New York emigriert war, gemeinsam mit David Hilbert den zweiten Band seines Buches über ›Methoden der mathematischen Physik‹. Er wurde in der Nationalbibliographie nicht angezeigt. Die Kontrollinstanzen in der Deutschen Bücherei⁸⁵ hatten offenbar Hilbert wegen seines Vornamens David für einen Juden gehalten. Hilbert, Träger des ›Pour le mérite‹ der Friedensklasse, hatte einen eindeutigen Ariernachweis, nicht aber der emigrierte Courant. So zog es der Verlag vor, diesen Irrtum nicht aufzuklären. Obwohl das Buch also in der Nationalbibliographie nicht angezeigt worden war und damit als unerwünscht galt, wurde es noch 1940 in den Verzeichnissen des Springer-Verlags aufgeführt und während des Krieges ausverkauft. Im Januar 1945 gab es sogar eine Diskussion über die Notwendigkeit eines Nachdrucks⁸⁶, der aber als solcher nicht gekennzeichnet sein sollte. Hierzu kam es dann aber nicht mehr.

Auch ein anderer Fall zeigt, wie unkalkulierbar die Verbotspraktiken waren: Georg Schlesinger war unter ehrenrührigen Anschuldigungen im April 1933 verhaftet und 8 Monate in Untersuchungshaft genommen worden. Dank einer Intervention des ›Vereins Deutscher Werkzeugmaschinenfabriken‹ wurde es ihm jedoch ermöglicht, während der Haft weiter an seinem grundlegenden Buch über Werkzeugmaschinen zu arbeiten und mit Julius Springer in Kontakt zu bleiben [SPUR: 330ff.]. Das Buch erschien, zweibändig, im Herbst 1936 zum stattlichen Preis von 147,- RM und war im Februar 1942 ausverkauft. Als einziges seiner zahlreichen Bücher wurde es noch 1940 im Verlagskatalog angezeigt. Schlesinger emigrierte 1934 nach seiner Entlassung aus der Haft zunächst nach Zürich, dann nach Lütich und zwei Jahre später nach Liverpool, wo er ein Institut für Werkzeugmaschinen aufbaute.

Die Honorare für das Werkzeugmaschinen-Buch konnten, wie auch die anderer jüdischer Autoren, 1937 noch unbeanstandet überwiesen werden. Dies war seit Ende 1938 nicht mehr möglich. Dennoch bat Tönjes Lange in einem Schreiben an die Reichsschrifttumskammer vom 23.8.1939, im Falle Schlesingers eine Ausnahme zu machen. Allein den Devisenerlös aus

dem Absatz des Buches bezifferte er für das Jahr 1938 mit 30000 Mark. Im Falle einer Ablehnung sei zu befürchten, daß Schlesinger »von England aus eigene Wege gehen wird und sich nicht mehr an den Verlagsvertrag halten wird«, mit anderen Worten: er hätte ohne Zustimmung und Beteiligung Springers eine Ausgabe in England herausgeben können. Eine Antwort erübrigte sich, da Großbritannien 10 Tage später in den Krieg mit Deutschland eintrat.

Rätsel zur Verbotspraxis gibt ein dem ›Preis-Verzeichnis‹ des Springer-Verlags für 1940 lose beigegebenes Blatt auf, das 41 von »Juni 1935 bis Dezember 1939 nicht [in das Verzeichnis] aufgenommene Bücher« enthält. Unaufmerksamkeit bei der stets sehr peniblen Katalogbearbeitung kann kaum vorgelegen haben, denn das Blatt enthält auch einige Titel, die schon in den 20er Jahren erschienen waren und die in früheren Verzeichnissen aufgeführt sind. Bei näherem Hinschauen ist unschwer festzustellen, daß es sich um Bücher handelte, für die ein Sonderstatus gegeben war. Merkwürdig ist es nämlich, daß auch Preis und Gewicht angegeben sind, Informationen also, die bei einem generellen Verbot doch ohne Belang gewesen wären. Das Verzeichnis ist zudem gesetzt und demnach auch in einer gewissen Auflage gedruckt worden. Bei ausschließlich internem Gebrauch hätte eine hektographierte Liste genügt. Für diese Titel galt wohl also ein Verbot der Anzeige im Inland; für den Export waren sie offenbar freigegeben. In den Verbotslisten ist keines dieser Bücher enthalten.

351: Dem Eintreten des ›Vereins Deutscher Werkzeugmaschinenfabriken‹ war es zu danken, daß Georg Schlesinger an seinem Hauptwerk auch während der aus politischen Gründen verfügten Untersuchungshaft weiterarbeiten konnte. Das Buch erschien zweibändig im Herbst 1936 und wurde während des Krieges ausverkauft.

Die ›Zeitschrift für Physik‹, seit 1921 vom Springer-Verlag verlegt und von Karl Scheel in Gemeinschaft mit Hans Geiger herausgegeben, hatte sich in ganz kurzer Zeit zum international führenden Organ der modernen Physik entwickelt. Hier erschienen bevorzugt die grundlegenden Arbeiten zur modernen Physik. Deutsche Wissenschaftler waren in diesen Zweigen der Forschung führend, und für ausländische Physiker war es eine Ehre, in der ›Zeitschrift‹ – wie sie auch unter ausländischen Fachgenossen nur genannt wurde – publizieren zu können. Die Entwicklung der Zeitschrift nach 1933 ist ein Abbild auch für andere Springer-Zeitschriften in dieser Zeit.

Der Umfang ging von 1932 bis 1935 von 5914 Seiten auf 4800 Seiten zurück, also um fast 20%. Diese Entwicklung hatte mit den politischen Veränderungen nur wenig zu tun. Angesichts der Abwertung der meisten ausländischen Währungen und der massiven Klagen über die zu umfangreichen und demzufolge

*Eine Springer-Zeitschrift
im Dritten Reich*

Einstein als Eckstein

Wie sicher sich die „Weißen Juden“ in ihren Stellungen fühlen, beweist das Vorgehen des Professors für theoretische Physik in Leipzig, Professors Werner Heisenberg, der es 1936 zuwege brachte, in ein parteiamtliches Organ einen Aufsatz einzuschmuggeln, worin er Einsteins Relativitätstheorie als „die selbstverständliche Grundlage weiterer Forschung“ erklärte und „eine der vornehmsten Aufgaben der deutschen wissenschaftlichen Jugend in der Weiterentwicklung der theoretischen Begriffssysteme“ sah. Zugleich versuchte er, durch eine Abstimmung der deutschen Physiker über den Wert der Theorie Eindruck bei den maßgebenden Stellen zu schinden und Kritiker seines Wirkens mundtot zu machen.

Dieser Statthalter des Einsteinschen „Geistes“ im neuen Deutschland wurde 1928 im Alter von 26 Jahren als Musterzögling Sommerfelds Professor in Leipzig, in einem Alter also, das ihm kaum Zeit geboten hatte, gründliche Forschungen zu betreiben. Er begann seine Tätigkeit, indem er den deutschen Assistenten seines Instituts entließ und dafür erst den Wiener Juden Bedl, dann den Züricher Juden Bloch einstellte. Sein Seminar war bis 1933 vorwiegend von Juden besucht, und der engere Kreis seiner Hörer setzt sich auch heute noch aus Juden und Ausländern zusammen.

Neue jüdische Sintflut

Die naturwissenschaftliche Fakultät einer großen Universität hat kürzlich für einen Lehrstuhl drei Judentöchter in Vorschlag gebracht, von denen zwei zahlreiche wissenschaftliche Arbeiten zusammen mit in- und ausländischen Juden veröffentlicht haben. Der wissenschaftliche Büchermarkt in Deutschland wird neuerdings wieder, vor allem in der Physik, mit Büchern aus der Feder in- und ausländischer Juden und Judentöchter überschwemmt unter besonderer Beteiligung der früher volljüdischen, heute angeblich zu 50 vH. arischen Verlagsfirma Julius Springer in Berlin und Wien.

352: Am 28.2.1936 hatte Werner Heisenberg im parteiamtlichen ›Völkischen Beobachter‹ einen Beitrag über die Relativitätstheorie veröffentlicht, in dem er allerdings Einstein namentlich nicht erwähnte [Heisenberg]. Gegen diesen Aufsatz (und gegen den Springer-Verlag) polemisierte Johannes Stark im ›Schwarzen Korps‹, dem Kampfblatt der SS.

auch zu teuren deutschen Zeitschriften, hatten sich die Verlage zu einer Rücknahme des Umfangs und damit auch der Preise naturwissenschaftlicher Zeitschriften um ca. 30% bereitgefunden. Diese Zusage hatten Hermann Degener und Ferdinand Springer bei einer Tagung der American Library Association in Chicago vom 15.-18.10.1933 im Namen des Börsenvereins gegeben [KNOCH (2): 262].

Der Anteil der Beiträge ausländischer Physiker war 1935 zwar mit 40% gleich geblieben, doch es gab signifikante Verschiebungen: Während 1932 amerikanische, englische, französische und holländische Physiker 93 Beiträge in der Zeitschrift veröffentlicht hatten – das waren 41% des gesamten Ausländeranteils –, waren es 1935 nur noch 19 Beiträge oder 10,3% des Ausländeranteils⁸⁷. Hingegen hatte der Anteil nord- und osteuropäischer Physiker von 106 Beiträgen (46,9%) auf 134 Beiträge zugenommen. Sie machten damit 72,8% des gesamten Ausländeranteils aus. Darunter waren – im Jahre 1935! – immer noch 34 Beiträge sowjetrussischer Wissenschaftler.

Weitere drei Jahre später, also 1938, war der Umfang der Zeitschrift nochmals um 2000 Seiten geschrumpft und hatte sich damit gegenüber 1932 mehr als halbiert. Gleichzeitig war der Anteil deutscher Arbeiten auf 69% angestiegen. Physiker des Westens lieferten nur noch 8 Beiträge, während es 6 Jahre zuvor 93 gewesen waren. Japan und Indien sind mit doppelt so vielen (16) Arbeiten vertreten. Die deutschen physikalischen Institute, insbesondere in Göttingen und Berlin, hatten für Physiker der westlichen Welt die bisherige Anziehungskraft verloren. Ihre Beiträge gaben sie nun amerikanischen, englischen und holländischen Zeitschriften, zu denen seit 1933 auch Neugründungen gekommen waren. Ausländische Publikationen erfuhren damit einen Zuwachs, der dem Rückgang deutscher Zeitschriften mindestens entsprach.

Der Jahrgang 1935 war übrigens noch offen für Beiträge auch emigrierter deutscher Physiker: So erschienen etwa Aufsätze von Arthur Robert von Hippel, dem Schwiegersohn des 1933 emigrierten Nobelpreisträgers James Franck, die er aus Istanbul und Kopenhagen geschickt hatte. Bis 1934 ist auch Victor F. Weißkopf, der später am Manhattan-Projekt mitarbeitete, mit Beiträgen vertreten.

Auch die Relativitätstheorie Einsteins war unter Physikern keineswegs tabuisiert. Heisenberg hatte 1934 auf der Tagung der Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte in Hannover noch erklärt: »Die Relativitätstheorie ist... zu einer selbstverständlichen Grundlage aller modernen Physik geworden und gilt ebenso wie etwa die klassische Mechanik oder Wärmelehre

Bekanntmachung

Betr.: Abkommen in der Zeitschriftenfrage.

In Verfolg der von Bibliothekaren im In- und Auslande geführten Beschwerden über gewisse Mißstände auf dem Gebiete der deutschen wissenschaftlichen Zeitschriften sind zwischen dem Verband der Deutschen Hochschulen und dem Börsenverein der Deutschen Buchhändler Verhandlungen gepflogen worden, die zum Abschluß folgender Vereinbarung geführt haben:

Münster, den 3. August 1933

Der Verband der Deutschen Hochschulen und der Börsenverein der Deutschen Buchhändler haben sich unter Beratung je eines Vertreters des Vereins Deutscher Bibliothekare und der Arbeitsgemeinschaft wissenschaftlicher Verleger bezüglich der auf dem Gebiete der wissenschaftlichen (insbesondere der medizinischen und naturwissenschaftlichen) Zeitschriften bestehenden Mißstände über folgende Grundsätze geeinigt:

1. Höchstgrenze von Jahredumfang und Jahrespreis einer wissenschaftlichen Zeitschrift muß jeweils rechtzeitig vor Beginn eines Jahrgangs bekanntgegeben und unbedingt eingehalten werden, da nur auf diese Weise die Bibliothekare vor Störungen geschützt werden können.
2. Es wird erwartet, daß die nach Umfang und Preis aufgeblähten Zeitschriften, besonders auf medizinischem und naturwissenschaftlichem Gebiet, von 1934 ab gegen den Stand von 1933 um mindestens 20% hinsichtlich Umfang und Preis eingeschränkt werden.
3. Der Börsenverein der Deutschen Buchhändler hält die Durchführung dieser Grundsätze für die Geltung des deutschen wissenschaftlichen Schrifttums für so wichtig, daß er ihre Nichtberücksichtigung als einen Verstoß gegen die jagungsmäßigen Pflichten seiner Mitglieder ansieht.
4. Der Verband der Deutschen Hochschulen erwartet von seinen Mitgliedern, daß sie als Herausgeber und Schriftleiter wissenschaftlicher Zeitschriften die nach Ziffer 1 und 2 von den Verlegern zu treffenden Maßnahmen mit allen Mitteln unterstützen, insbesondere auch durch Abweisung von Dissertationen, die grundsätzlich nicht in Zeitschriften gehören.
5. Der Verband der Deutschen Hochschulen und der Börsenverein der Deutschen Buchhändler stimmen in der Auffassung überein, daß durch kritischere Begrenzung des Inhalts und durch möglichst gedrungene und klare Darstellung der äußere Umfang der deutschen wissenschaftlichen Zeitschriften wesentlich verringert, ihr innerer Wert mindestens im selben Maße gehoben wird.

Für den Verband der Deutschen Hochschulen: (gez.) Professor Dr. Kaendrup,
Rektor der Westfälischen Wilhelms-Universität.

Für den Börsenverein der Deutschen Buchhändler: (gez.) Dr. Friedrich Eldenbourg.

Für den Verein Deutscher Bibliothekare: (gez.) Lehn.

Für die Arbeitsgemeinschaft wissenschaftlicher Verleger: (gez.) Dr. E. Siebed.

Leipzig, den 17. August 1933.

Der Aktionsausschuß
des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig
Dr. Fr. Eldenbourg, Vorsitzender.

353: Die Klagen insbesondere ausländischer Bibliotheken über zu hohe Preise deutscher naturwissenschaftlicher und medizinischer Zeitschriften hatten schon bald nach der Inflation eingesetzt. Durch das Abkommen von Münster vom 3. 8. 1933 verpflichteten sich deutsche Wissenschaftsverlage zu einer Umfangs- und Preisreduktion ihrer entsprechenden Zeitschriften um mindestens 20%. Bei der Tagung der American Library Association vom 15. bis 18. 10. 1933 gaben Hermann Degener (Verlag Chemie) und Ferdinand Springer namens des Börsenvereins die noch weitergehende Zusage, die Preise durch eine Umfangsreduzierung um mindestens 30% zu senken. – Vergleiche amerikanischer Bibliothekare, die zu hohe Seitenpreise für deutsche Zeitschriften ermittelt hatten, konnten allerdings ein wesentliches Element der Preisgestaltung nicht berücksichtigen: Die Auflagen deutscher Forschungszeitschriften waren wesentlich geringer als die amerikanischer Gesellschaftszeit-schriften. So hatten Springers »Archivzeitschriften« in diesen Jahren Auflagen zwischen 200 und 400 Exemplaren (Durchschnitt: 275). Mehr Abnehmer fanden bei den Forschungszeitschriften nur die »Biochemische Zeitschrift« und die »Zeitschrift für Physik« mit je 800 Abonnenten.

als festes, für immer gesichertes Gut der exakten Naturwissenschaft.« Diesen Vortrag hatte Arnold Berliner bald darauf in »Die Naturwissenschaften« abgedruckt [1934: 669ff.]. Auch Gegner der Relativitätstheorie kamen gelegentlich in der Zeitschrift zu Wort. So wurde im Sommer 1935 ein Beitrag von Karl Vogtherr in drei Folgen unter dem Titel »Gleichzeitigkeit und Relativitätstheorie« in Band 95 und 96 veröffentlicht, in dessen Vorspann es heißt, daß »die Relativitätstheorie eine neue Auffassung von Zeit in die Physik eingeführt hat, welche, angeblich auf physikalische Tatsachen sich stützend, auch philosophische Bedeutung beansprucht«. Hiermit bezieht sich der Autor eindeutig auf Werner Heisenbergs zuvor in Hannover gehaltenen Vortrag. Karl Scheel, der Herausgeber der »Zeitschrift für Phy-

sik«, überließ den ungewöhnlich langen Beitrag Vogtherrs dem Urteil seiner Leser, die wohl wußten, daß eine Konzession dieser Art nicht zu vermeiden war.

Die drastische Reduzierung des Umfangs zwischen 1932 und 1938 um mehr als die Hälfte – womit auch eine Halbierung des Umsatzes verbunden war –, und die Minderung der inhaltlichen Qualität bewirkte wirtschaftlich eine spürbare Einbuße, zumal der Auslandsumsatz überproportional rückläufig war.

Die Programmentwicklung

Es wurde schon ausgeführt, daß der Rückgang der Springer-Produktion 1928 während der Rezession eingesetzt hatte und daß 1932 nur noch 377 Titel erschienen waren. Bis 1935 ging die Zahl dann auf 243 und bis 1940 auf 197 Titel zurück. Die Ursachen liegen auf der Hand: Der Verlag hatte durch die erzwungene Emigration viele seiner besten Autoren eingebüßt. Es machte sich auch bemerkbar, daß mancher junge Wissenschaftler einem weniger ›belasteten‹ Verlag den Vorzug gab. Doch die meisten der früheren Autoren blieben dem Verlag treu, und auch manche jüngeren kamen hinzu.

Es gab aber auch einen Mangel an qualifizierten Manuskripten. Neben dem Fehlen der Beiträge emigrierter Wissenschaftler machte sich nun eine andere Folge der ›nationalsozialistischen Revolution‹ bemerkbar. So beklagte Friedrich von Müller, Herausgeber des ›Deutschen Archivs für klinische Medizin‹, in einem Schreiben an Ferdinand Springer vom 24. Oktober 1934 den Rückgang an Manuskripten, der sich auch in anderen Zeitschriften, z. B. der ›Klinischen Wochenschrift‹ und der ›Münchener Medizinischen Wochenschrift‹, geltend machte. Dies sei »auf die Unruhe in den Kliniken, auf die zahlreichen Neubesetzungen und auf die Beanspruchung der jüngeren Kräfte durch SA und Lager zurückzuführen.«

Im gleichen Sinn äußert sich Bernhard Fischer-Wasels, der Herausgeber der ›Frankfurter Zeitschrift für Pathologie‹, in einem Schreiben vom 27. 10. 1934 an Ferdinand Springer, als er den Umfangsrückgang bei seiner Zeitschrift begründete:

Die Ursache, von der ich fürchte, daß sie sich in Zukunft *noch viel stärker* auswirken wird (denn bisher leben wir noch zum großen Teil von dem Überfluß der früheren Zeit), liegt einfach darin, daß fast nichts mehr gearbeitet wird! Die wissenschaftliche Arbeit ist ja in der Wertschätzung der maßgebenden Stellen so gesunken, daß unser Nachwuchs, selbst wenn er Zeit dazu hätte, eben keinen so großen Wert auf das wissenschaftliche Arbeiten mehr legt. Die ganz Guten haben natürlich immer noch und trotz alledem das Streben, sich eine gute Ausbildung zu verschaffen und aus Idealismus wissenschaftlich zu arbeiten, – aber auch für diese ist es enorm erschwert infolge der

	1927–1932			1933–1935			1936–1938			1939–1944*		
	Titel	%	Rang	Titel	%	Rang	Titel	%	Rang	Titel	%	Rang
1 Medizin	905	34,5	1	226	30,3	1	238	30,8	2	324	32,1	2
2 Technik	864	32,9	2	218	29,2	2	253	31,9	1	421	41,8	1
	1769	67,4		444	59,9		491	62,7		745	73,9	
3 Rechts- und Staatswissenschaften	162	6,2	3	42	5,6	4	23	2,9	7	12	1,2	9
4 Kommunal- und Sozialpolitik	109	4,2	4	36	4,8	5	27	3,4	6	9	0,9	12
5 Land- und Forstwirtschaft	85	3,2	5	19	2,5	11	5	0,6	14	8	0,8	13
6 Physik und Astronomie	80	3,1	6	30	4,0	6	20	2,5	9	42	4,2	5
7 Biologie	78	3,0	7	28	3,8	7	14	1,8	11	13	1,3	8
8 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	64	2,4	8	43	5,8	3	49	6,2	4	47	4,7	4
9 Mathematik	53	2,0	9	26	3,5	8	18	2,3	10	10	1,0	11
10 Chemie	52	2,0	10	18	2,4	12	21	2,6	8	33	3,3	6
11 Pharmazie	51	1,9	11	7	0,9	13	9	1,1	12	11	1,1	10
12 Naturwissenschaften allgemein	45	1,7	12	22	3,0	10	28	3,5	5	23	2,3	7
13 Geologie, Meteorologie	43	1,6	13	25	3,4	9	83	10,5	3	49	4,9	3
14 Geisteswissenschaften	35	1,3	14	6	0,8	14	6	0,7	13	6	0,6	14
Gesamt in der Periode	2626			746			794			1008		
Jahresdurchschnitt	438			249			265			168		
* Von Januar bis März 1945 wurden noch 30 Titel fertiggestellt, hiervon entfielen 15 auf die Technik, 11 auf die Medizin und je 2 auf die Physik und die allgemeinen Naturwissenschaften.												

Inanspruchnahme für die anderen Dinge. Wenn hier nicht wieder eine gründliche, radikale Änderung eintritt und auch bei den Berufungen wieder die wissenschaftliche Leistung ganz anders gewertet wird, wie in letzter Zeit, so werden sich diese Dinge in nächster Zeit *noch viel schädlicher* auswirken.

*Produktionsentwicklung
1927–1944*

Der Rückgang der Produktion ist am augenfälligsten im Bereich der Rechts- und Staatswissenschaften, der bis 1932 nach der Medizin und Technik der drittgrößte Verlagsbereich gewesen war. Auch die Kommunal- und Sozialpolitik, der nächstgrößere Verlagsbereich, schrumpfte bis zur Bedeutungslosigkeit. Der

Anteil beider Fachgebiete ging von 1927/32 bis 1939/44 von 271 auf 21 Titel zurück; prozentual war es ein Rückgang auf ein Fünftel. Rückläufig waren auch die Bereiche Land- und Forstwirtschaft, Biologie und Geisteswissenschaften. Der Verlag übte also eine deutlich erkennbare Zurückhaltung bei ideologisch sensiblen Arbeitsgebieten, in denen es entweder zu Konflikten mit den Zensurinstanzen hätte kommen können oder wo er eine Darstellung im Sinn der herrschenden Ideologie hätte hinnehmen müssen. Es werden sich aber auch manche Autoren dieser Fachgebiete gescheut haben, ihre Manuskripte einem Verlag anzubieten, dessen Programm so wenig Affinität für Ideen des Nationalsozialismus erkennen ließ.

Bei aller Vorsicht blieb es auch dem Springer-Verlag nicht erspart, daß einige seiner Bücher Passagen enthalten, die vom Geist dieser Zeit beeinflusst sind. Hierzu gehörten auch Bücher des Kommissionsverlags. So hatte der am 1. 10. 1933 zum Präsidenten des Reichsgesundheitsamts berufene Hans Reiter [STÜRBACHER (3): 250 ff.] 1939 einen Rechenschaftsbericht seiner Behörde mit dem Untertitel ›Sechs Jahre nationalsozialistische Führung‹ gegeben. Vorangestellt ist diesem Sammelband, der zu 80 % aus Ansprachen dieses Gesundheitsfunktionärs Hitlers besteht, ein Fotoporträt des Autors. Springer, der seit 1885 Kommissionsverleger des (Kaiserlichen) Gesundheitsamts war, hatte überhaupt keine Möglichkeit, den Verlag dieses peinlichen Buches abzulehnen.

In diesem Zusammenhang ist daran zu erinnern, daß es im Wissenschaftsverlag nicht üblich ist, Manuskripte durch angestellte Lektoren prüfen und gegebenenfalls bearbeiten zu lassen. Wissenschaftler des Faches werden nur dann um die Begutachtung eines Manuskripts gebeten, wenn der Autor dem Verlag nicht bekannt ist oder, seit 1933, wenn es sich um ein kritisches Thema handelt. Dies war z. B. bei dem Buch von Ernst von Harnack der Fall gewesen, doch selbst die Hinweise des sachkundigen Gutachters hatten das Buch nicht vor dem Verbot bewahren können (s. S. 350), denn nicht sein Inhalt, sondern der Autor war nicht genehm.

Ein mehrbändiges ›Handbuch der Erbbiologie des Menschen‹ war zwischen Ferdinand Springer und dem Greifswalder Zoologen Günther Just schon erwogen worden, ehe die Erbbiologie in die Nähe der Rassenhygiene geraten war. Schon in den 20er Jahren hatte der Verlag zahlreiche Bücher zur Vererbungslehre veröffentlicht: von Richard Goldschmidt die ›Lehre von der Vererbung‹ und ›Die quantitative Grundlage von Vererbung

354: Eine Veröffentlichung des Reichsgesundheitsamts aus dem Jahre 1939. Da es sich um einen Titel aus dem Kommissionsverlag handelte, wäre eine Ablehnung als Affront gewertet worden.

und Artbildung«, oder von Vladislav Ružička – er erhielt 1939 mit Adolf Butenandt den Nobelpreis für Chemie – »Restitution und Vererbung«.

Als der Plan 1937 dann konkreter wurde, verständigte sich Springer mit dem designierten Herausgeber, im Einladungsbrief⁸⁸ darauf hinzuweisen, daß »die rassenhygienischen Fragen, wenn sie auch in einer Reihe von Kapiteln natürlicherweise nicht unberücksichtigt bleiben können, doch nicht zum eigentlichen Gegenstand des Handbuches (gehören)«. Gleichwohl hatte Ferdinand Springer offenbar Bedenken, denn er schrieb seinem Autor, dem Pathologen Robert Rössle, dem er eine Mitarbeit vorschlagen wollte: »Wenn ein derartiges Handbuch bei einem wissenschaftlichen Verlag erscheint, der bemüht ist, nicht den Tagesströmungen zu dienen, sondern der wissenschaftlichen Erkenntnis, so muß es in der Anlage und insbesondere in der Wahl der Mitarbeiter so einwandfrei sein, daß der Inhalt für das Inland wie fürs Ausland zur Grundlage der weiteren Forschung und der weiteren Anwendung der Forschungsergebnisse auf die praktischen Fragen wird. – Ich habe nicht den Eindruck, daß die anliegende Disposition in allen Punkten glücklich ist, teilweise in der Einteilung, hauptsächlich aber in der Wahl der vorgesehenen Mitarbeiter.« Deutlicher konnte er es in einem Brief nicht sagen, wohl aber einige Tage später bei einem Gespräch, über das es aber keine Aufzeichnung gibt. Zu einer Mitarbeit Rössles kam es nicht.

An eine Stornierung des Projekts war nicht mehr zu denken, denn sie wäre weder den Autoren noch den argwöhnischen Behörden gegenüber offen zu begründen gewesen. Springers Befürchtungen sollten sich später bewahrheiten. Als die ersten Beiträge zum Satz gegeben wurden, waren die Zwänge dann schon stärker. Abweichend von der Einladung, hieß es nun im Vorwort des ersten Bandes, der 1940 erschien: »Daß in einer Reihe von Kapiteln auch rassenbiologische und rassenhygienische Fragen berührt werden, versteht sich von selbst.«

Wenn auch die meisten Beiträge aufgrund des Themas oder der Einstellung des Autors frei von Zeitbezügen sind⁸⁹ – der überwiegende Teil bot hierzu ohnehin keinen Anlaß –, so gibt es doch einige Passagen, die nationalsozialistischen Auffassungen entgegenkommen oder entsprechen. Bei mehr als 5000 Druckseiten hatte der Verleger wohl kaum wesentliche Teile des Manuskriptes gelesen, und es ist müßig zu fragen, was er wohl nach der Lektüre einer ihm bedenklich erscheinenden Passage hätte unternehmen können. Er hätte dem Autor bzw. dem Herausgeber kaum die Streichung oder die Modifizierung nahelegen können.

355: Vladislav (Leopold) Ružička (1887–1976, Schweizer Chemiker kroatischer Herkunft) erhielt 1939 für seine Arbeiten über Sexualhormone den Nobelpreis für Chemie. Er teilte sich den Preis mit Adolf Butenandt (* 1903), der aus dem weiblichen Geschlechtshormon das Folliculin (Östron) und aus dem männlichen das Androsteron isolierte.

356: Das von Robert Doerr und Curt Hallauer im Wiener Springer-Verlag herausgegebene ›Handbuch der Virusforschung‹ publizierte überwiegend Beiträge der internationalen Forschung in der Originalsprache.

357: Paul Rosbaud (1896–1963) übernahm im Mai 1936 die planerischen Aufgaben von Julius Springer im Technikbereich und nahm auch den Kontakt zu Physikern und Chemikern wahr. Nach dem Ausscheiden von Ferdinand Springer 1942 blieb er weiterhin in Verbindung mit dem Verleger, obwohl ein Kontaktverbot bestand.

In der *Medizin*, die seit den 20er Jahren der umsatzstärkste Verlagszweig war, machte sich der Verlust zahlreicher Autoren und Herausgeber bemerkbar. Hinzu kam, daß viele der großen Handbücher nun abgeschlossen waren und der Verlag sich bei Neugründungen zurückhielt. Das ›Handbuch der Virusforschung‹ (1938/39) und die Neuausgabe des ›Handbuchs der Neurologie‹, die Oswald Bumke und Otfried Foerster von 1935 bis 1937 in 17 Bänden herausgaben, sind Ausnahmen. Begonnen wurde von Titus von Lanz und Werner Wachsmuth eine ›Praktische Anatomie‹, von deren neun geplanten Teilen aber nur noch zwei fertiggestellt werden konnten (1935/1938).

Eine Verstärkung der Aktivitäten ist in den Bereichen Geologie und Meteorologie zu erkennen. Letztere bekam Auftrieb insbesondere durch die Übernahme des Kommissionsverlags des Reichsamts für Wetterdienst und der Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik. Der Titelzahl nach ist auch ein relativer Zuwachs im Bereich Verkehrs- und Nachrichtenwesen festzustellen, wenngleich es sich hier überwiegend um kleinere amtliche Veröffentlichungen handelte.

Die *Ingenieurwissenschaften* waren vom Exodus jüdischer Wissenschaftler weniger stark als andere Verlagsbereiche betroffen. Zwar mußte der Verlag auch hier bedeutende Autoren, Herausgeber und Berater wie Georg Schlesinger, Reinhold Rüdenberg oder Max Kurrein entbehren, aber die Schwächung war nicht so gravierend wie in anderen Verlagsbereichen. Schwerer wog das 1935 erzwungene Ausscheiden von Julius Springer, der seit über 30 Jahren fast ausschließlich für die ingenieurwissenschaftliche Literatur zuständig gewesen war.

Wissenschaftler, die den Verlag zum Teil schon seit vielen Jahren beraten hatten, wurden nun häufiger konsultiert. So nahm sich Heinrich Dubbel, der 1934 sein Lehramt wegen politischer Differenzen quittierte, in noch größerem Umfang als bisher der Planungen im Bereich des Maschinenbaus an. Für die Elektrotechnik wurde Karl Pohlhausen und für das Bauingenieurwesen Ferdinand Schleicher, Professor an der Technischen Hochschule Hannover, als Berater gewonnen.

Zu einem besonders wichtigen Berater wurde für Ferdinand Springer Paul Rosbaud,⁹⁰ der im Mai 1936 als freier Mitarbeiter gegen ein festes Honorar eingestellt wurde. Rosbaud war auf Metallurgie spezialisiert und verfügte über ausgezeichnete Kontakte zu Industrieunternehmen und zu Institutionen der Forschung. Seine kaum verhohlene Gegnerschaft zum Nationalsozialismus verschaffte ihm auch Zugang zu ausländischen Autoren, die sich seit 1933 gegenüber deutschen Verlagen zu-

Aerodynamic Theory. Ed.: William Frederick Durand. 6Bde. 1934–1936 Analyse der Metalle. Hrsg.: ChemikerFachausschuß des Metall und Erz. c. V. 1942 Ardenne, Manfred von: Elektronen-Übermikroskopie. 1940. Beyling, Carl und Karl Dreikopf: Sprengstoffe und Zündmittel mit besonderer Berücksichtigung der Sprengarbeit unter Tage. 1936. Brüche, Ernst und Alfred Recknagel: Elektronengeräte. Prinzipien und Systematik. 1941 Cammerer, Josef Sebastian: Der Wärme- und Kälteschutz in der Industrie. 1938 Fernsehen. Die neuere Entwicklung insbesondere der deutschen Fernsehtechnik. Hrsg.: Fritz Schröter. 1937 Forschungshefte aus dem Gebiete des Stahlbaus. Hrsg.: Deutscher Stahlbauverband. 6 Hefte. 1938–1943 Fuchs, Richard: Theorie der Luftkräfte. 1935 Handbuch der Lichttechnik. Hrsg.: Rudolf Sewig. 1938 Handbuch der Werkstoffprüfung. 4 Bde. 1939–1944 Hansen, Max: Der Aufbau der Zweistofflegierungen. Eine kritische Zusammenfassung. 1936 Holm, Ragnar: Die technische	Physik der elektrischen Kontakte. 1941 Hopf, Ludwig: Mechanik des Flugzeugs. 1934 Houdremont, Eduard: Handbuch der Sonderstahlkunde. 1935 und 1943 Jürgensmeyer, Wilhelm: Die Wälzlager. 1937 Kollmann, Franz: Technologie des Holzes. 1936 Konstruktionsbücher. Hrsg.: Ernst-August Cornelius. 6 Bde. 1939–1942 Lehrbuch der drahtlosen Nachrichtentechnik. Hrsg.: Nicolai v. Korshenewsky und Wilhelm T. Runge. 3 Bde. von 6 geplanten. 1940/43 Lüttig, Oswig: Kohlenwirtschaftsorganisationen. 1937 Magnesium und seine Legierungen. Hrsg.: Adolf Beck. 1939 Masing, Georg: Grundlagen der Metallkunde. 1940 Mitteilungen der Kohle- und Eisenforschung G.m.b.H. 3 Bde. 1935–1941 Neuber, Heinz: Kerbspannungslehre. 1937 Nitsche, Rudolf und Gerhard Pfestorf: Prüfung und Bewertung elektronischer Isolierstoffe. 1940 Nürnberg, Werner: Die Prüfung elektrischer Maschinen. 1940 Piwowski, Eugen: Hochwertiges Gußeisen, seine Eigenschaften und die physikalische	Metallurgie seiner Herstellung. 1942 Rapatz, Franz: Die Edelstähle. 1942 Reine und angewandte Metallkunde in Einzeldarstellungen. Hrsg.: Werner Köster. 10 Bde. 1937–1943 Sauer, Robert: Theoretische Einführung in die Gasdynamik. 1942 Schmaltz, Gustav: Technische Oberflächenkunde. Feingestaltung und Eigenschaften von Grenzflächen technischer Körper, insbesondere der Maschinenteile. 1936 Siegel, August: Korrosionen an Eisen und Nichteisenmetallen. 1938 Späth, Wilhelm: Physik der mechanischen Werkstoffprüfung. 1938 Strutt, Maximilian Julius Otto: Moderne Kurzwellen-Empfangstechnik. 1939 –: Moderne Mehrgitterelektronenröhren. 2 Bde. 1937/38 Technische Physik in Einzeldarstellungen. Hrsg.: Walter Meißner und Gilles Holst. 5 Bde. 1939–1942 Wallot, Julius: Einführung in die Theorie der Schwachstromtechnik. 1940 Wassermann, Günter: Texturen metallischer Werkstoffe. 1939 Weinig, Fritz: Aerodynamik der Luftschraube. 1940

nehmend zurückhielten (vgl. die rückläufige Zahl ausländischer Autoren bei der ›Zeitschrift für Physik‹; S. 354f.). Zu Rosbauds Planungsbereich gehörten neben der Technik auch die Physik und die Chemie. So beriet er in dieser Eigenschaft auch Fritz Süffert, der nach dem Ausscheiden von Arnold Berliner im Sommer 1935 die Herausgeberschaft für ›Die Naturwissenschaften‹ übernommen hatte. Er war es auch, der nach einer vorausgegangenen Information durch den mit ihm befreundeten Otto Hahn dafür sorgte, daß dessen mit Fritz Straßmann verfaßter Bericht über die erste Kernspaltung am 6. 1. 1939 in den ›Naturwissenschaften‹ erschien.

358: *Schon die Nennung einiger Titel genügt, den technischen Fortschritt in diesen Jahren zu erkennen. Es wird auch deutlich, daß Springers Technikplanung – seit 1936 unter der Leitung von Paul Rosbaud – den veränderten Anforderungen entspricht.*

In der umseitigen Aufstellung werden neue Akzente im Technikprogramm des Verlags erkennbar. Es wird aber auch deutlich, warum der Springer-Verlag für die Institutionen des Dritten Reiches nicht nur als Devisenbringer von Bedeutung war. Die Titel lassen durch ihre Nähe zu Aufgaben des Tages ein Programm erkennen, das für die Autarkiebestrebungen und die Rüstungsanstrengungen des Reiches wichtig war.

Eine Ergänzung fand das modifizierte Verlagsprogramm 1936 durch den Ankauf des Technik-Verlags von Otto Spamer, der auf Bücher zur Kältetechnik, Heizung und Lüftung spezialisiert war. Insgesamt wurden die Rechte für 119 Titel erworben.

Die Gründung neuer Zeitschriften war am 13. 12. 1933 verboten worden. Ein ›Zentralblatt für Mechanik‹ hatte noch im Sommer 1933 zu erscheinen begonnen. Als das Verbot am 31. 3. 1935 aufgehoben und durch eine Genehmigungspflicht ersetzt wurde, konnte der Verlag noch einige neue Zeitschriften gründen: 1936 ›Der deutsche Militärarzt‹ und ›Luftfahrtmedizin‹, 1937 ›Holz als Roh- und Werkstoff‹ und ›Elektrotechnische Berichte‹, 1939 die ›Spectrochimica Acta‹ und 1940 ›Kunststoff-Technik und Kunststoff-Anwendung‹. In Wien kamen 1937 die ›Microchimica Acta‹ und 1939 das ›Archiv für die gesamte Virusforschung‹ hinzu.

Die wirtschaftliche Situation des Verlags 1933–1938

Das Jahr 1933 brachte »für alle Zweige des wissenschaftlichen Verlags, deren Produktion mit den weltanschaulichen Zeitströmungen Schritt halten muß, eine nahezu völlige Entwertung alter Bestände, deren Absatz sonst eine wesentliche Hilfe für die Finanzierung der neuen Herstellung war.« Mit diesem Satz aus den ›Vertraulichen Mitteilungen des Deutschen Verlegervereins‹ vom 20. 4. 1934 ist die wirtschaftliche Situation des Wissenschaftsverlags im ersten Jahr der ›Machtergreifung‹ ungeschminkt gekennzeichnet. Da das Springer-Programm jedoch nicht so sehr von »Zeitströmungen« abhing – abgesehen allerdings von den ›Arisierungen‹, von denen auch andere Verlage betroffen waren –, war der Verlag wirtschaftlich noch verhältnismäßig glimpflich davongekommen.

Auch für die nächsten Jahre sind die Berichte noch recht gedämpft: Der Inlandmarkt litt unter den zu geringen Kultur-etats, ein Problem, das übrigens auch für das Ausland galt. Eine leichte Besserung trat 1937 ein, obwohl in den ›Vertraulichen Mitteilungen für die Fachschaft Verlag‹ weiterhin über zu niedrige Etats für die Wissenschaften geklagt wurde [VM vom 31. 5. 1938]. Erst 1938 gab es deutlichere Anzeichen einer Erholung, wenngleich erneut festgestellt wird, daß die »Etats der

Bibliotheken und Institute, aber vor allem auch die wirtschaftliche Lage der Dozentschaft, des wissenschaftlichen Nachwuchses...« sich noch keineswegs gebessert hätten [VM vom 5.3.1939].

Beim Springer-Verlag wirkte sich eine verstärkte Kaufbereitschaft der Industrie und der Facharbeiter aus. Lehrbücher und andere studentische Literatur waren allerdings in dem Maße schlechter abzusetzen, wie die Zahl der Studenten seit 1933 rapide zurückging. 1932 hatte es an den Hochschulen 127580 deutsche und ausländische Studenten gegeben, 1935 waren es noch 72802 und 1939 lediglich 56477 Studenten. Der Rückgang betrug damit 55 %. Diese Entwicklung war zurückzuführen auf die geburtenschwachen Jahrgänge 1915–1919, die Einführung der Arbeitsdienst- und Wehrpflicht und einen Numerus clausus⁹¹, der z. B. im Dezember 1933 den Anteil der Studentinnen auf 10 % reduzierte. Mit rückläufiger Arbeitslosenzahl waren zudem auch die Chancen gestiegen, im Wirtschaftsleben (oder in einer Parteiorganisation) einen Broterwerb zu finden. Eine gewisse Rolle spielte schließlich die Tatsache, daß jüdischen Studenten, deren Anteil weit über dem Bevölkerungsdurchschnitt gelegen hatte, der Besuch deutscher Hochschulen bald unmöglich gemacht worden war.

Der Umsatz des Springer-Verlags hatte 1932 10,6 Mio. RM betragen, von denen (inclusive Hirschwald) 64 % auf den Export entfielen. Dieser hohe Exportanteil hatte mit dazu beigetragen, daß der Verlag, wenn auch mit Einschränkungen, seine Arbeit fortsetzen konnte. Der Umsatz hielt sich trotz einer verringerten Neuproduktion bis etwa 1938 annähernd auf gleicher Höhe (vgl. Tabelle S. 368), obwohl der Exportanteil sich schon seit 1932 ständig verringert hatte. Dies hatte mancherlei Gründe.

Die Vertreibung deutscher Autoren jüdischer Herkunft, die zunehmende Zurückhaltung ausländischer Wissenschaftler gegenüber einer Publikation in deutschen Verlagen und die hierdurch gestärkte ausländische Konkurrenz machten das Angebot weniger attraktiv. Auch Boykottmaßnahmen wirkten sich aus. Hinzu kam schließlich auch ein wirtschaftliches Argument, denn die deutschen Bücher- und Zeitschriftenpreise waren im Ausland wegen der bestehenden Wechselkursverhältnisse kaum mehr konkurrenzfähig (s. S. 324). Nicht zuletzt hierdurch bekamen bestehende ausländische Zeitschriften Auftrieb, und es wurden neue gegründet, die auch deutschsprachige Beiträge aufnahmen.

Um die für den Export ungünstige Kursrelation der Reichsmark zu verbessern, wurde im September 1935 ein Exportaus-

359: Manfred von Ardenne (* 1907) hatte schon als 22jähriger bei Springer ein Buch über ›Verstärker-Meßtechnik‹ veröffentlicht. Sein 1940 erschienenes Buch ›Elektronen-Übermikroskopie‹ wurde auch ins Russische, Englische und Japanische übersetzt.

Alle deutschen Bücher im Ausland billiger

25 % Preissenkung ab 9. September 1935

Nur gültig bei Lieferung reichsdeutscher Bücher und Zeitschriften nach
nichtreichsdeutschen Gebieten.

Nachstehend eine Auswahl von Werken aus den Verlagen

Julius Springer, Berlin
J. F. Bergmann, München
F. C. W. Vogel, Berlin

Medizin

Lehrbücher und Monographien

- Anatomie des Menschen.** Von H. Braus. 3 Bände.
(Ein weiterer Band wird noch erscheinen) Geb. RM 92.20; für Ausland geb. RM 69.15
- Praktische Anatomie.** Von T. v. Lanz und W. Wachsmuth. 2 Bände (9 Teile).
Bd. I, Teil 3. Arm. 1935. Geb. RM 29.—; für Ausland geb. RM 21.75
- Lehrbuch der inneren Medizin.** Von G. v. Bergmann, R. Doerr, H. Eppinger u. a. 2 Bände. 2. Aufl. 1934. Geb. RM 49.80; für Ausland geb. RM 37.35
- Strümpell-Seyfarth, Lehrbuch der speziellen Pathologie und Therapie der inneren Krankheiten.** 31./32. Aufl. von C. Seyfarth. 2 Bände.
Geb. RM 54.—; für Ausland geb. RM 40.50
- Grundriß der inneren Medizin.** Von A. v. Dörmann. 9. Aufl. 1935.
Geb. RM 16.80; für Ausland geb. RM 12.60
- Lehrbuch der Differentialdiagnose innerer Krankheiten.** Von M. Matthes†. Fortgeführt von H. Curschmann. 7. Aufl. 1934.
Geb. RM 30.—; für Ausland geb. RM 22.50
- Die klinische Röntgendiagnostik der inneren Erkrankungen.** Von H. Assmann.
5. Aufl. 1934. Geb. RM 95.—; für Ausland geb. RM 71.25
- Entstehung, Erkennung und Behandlung innerer Krankheiten.** Von L. Krehl. In
3 Bänden. 1932 u. 1934. Geb. RM 76.80; für Ausland geb. RM 57.60
- Müller-Seifert, Taschenbuch der medizinisch-klinischen Diagnostik.** 34. Aufl. 1935
Geb. RM 14.80; für Ausland geb. RM 11.10

(Fortsetzung umseitig)

360: Wegen der weltweiten Abwertung hatten deutsche Bücher und Zeitschriften im Export einen schweren Stand. Durch Ausgleichszahlungen des Reiches wurde es den Verlegern möglich gemacht, ihre Auslandspreise um 25 % zu senken (I. Seite eines achtseitigen Prospekts).

gleichsverfahren eingeführt, durch das deutsche Bücher und Zeitschriften zu einem um 25 % reduzierten Preis exportiert werden konnten [Hövel (3)]. Im Hinblick auf die starke Überbewertung der Reichsmark bedeutete diese Reduktion allerdings noch keine wesentliche Verbesserung des Wechselkursverhältnisses. Den größten Teil der Subvention trug das Reich. Die Abwicklung des Verfahrens lag bei der »Wirtschaftsstelle des deutschen Buchhandels«, die der Reichsschrifttumskammer angegliedert war. Im Krieg war der Wirtschaftsstelle auch die Papierkontingentierung übertragen [Hövel (3): 13f.].

Das Wiener Haus war bis zum ›Anschluß‹ Österreichs an das Deutsche Reich 1938 von Reglementierungen nicht unmittelbar betroffen. Theoretisch konnte hier alles publiziert werden, was in Deutschland nicht mehr zulässig war. Da Ferdinand Springer aber Inhaber des Wiener Verlags war – den dortigen Geschäftsführer Otto Lange beteiligte er 1935 nach dem Ausscheiden seines Vetters am Kapital –, stand er gleichwohl unter Druck, denn als Deutscher hatte er die geltenden Bestimmungen auch für seine Auslandsfirma zu beachten, zumal seit dem 1.7.1929 die gesamte Wiener Produktion in Berlin ausgeliefert wurde. Die Korrespondenz mit Otto Lange erweist auch, daß Springer sich die Entscheidung über alle Projekte von politischer Relevanz vorbehält.

Wie argwöhnisch gerade die Wiener Produktion beobachtet wurde, zeigt ein Brief von Wilhelm Baur vom 30.8.1935 an Hans Hinkel, den Geschäftsführer der Reichskulturkammer. Für Baur galt »der Julius Springer-Verlag noch als nichtarisch«, und er war verdächtig, weil er »durch seinen Wiener Ableger jene Werke herausbringt, die er in Berlin nicht verlegen kann« [WULF: 272]. Dieser Hinweis bezieht sich offenbar auf folgenden Vorgang:

Für zwei erfolgreiche Bücher jüdischer Autoren, deren erste Auflage in Berlin erschienen war, hatte Springer dem Wiener Verlag die Herstellung der zweiten Auflage übertragen, da in Deutschland eine Neuauflage kaum gebilligt worden wäre. So wurden ›Hormone des Ovariums‹ (1935) von Zondek und die

*Der Wiener Springer-Verlag
1933–1938*

361: Otto Lange (1887–1967), seit 1920 Werbeleiter und Prokurist des Verlags, hatte seit 1924 den Wiener Springer-Verlag aufgebaut und in schwierigen Zeiten bis 1967 geleitet.

362, 363: Von beiden Titeln war die erste Auflage in Berlin verlegt worden. Da eine Neuauflage von Büchern jüdischer Wissenschaftler inzwischen kaum mehr möglich war, übernahm sie der Wiener Verlag. Peinlich wäre es für Springer gewesen, wenn man bemerkt hätte, daß das Buch von Zondek auf der letzten Seite den Vermerk »Druck von Breitkopf & Härtel in Leipzig« trägt, während im Impressum »Printed in Austria« angegeben ist.

364: *Gustav Radbruch (1878 bis 1949), der schon 1912 wegen einer Beteiligung an Springers ›Enzyklopädie der Rechts- und Staatswissenschaften‹ unter Vertrag genommen war, zog es vor, seine Biographie des Strafrechtlers Anselm Feuerbach in Wien zu veröffentlichen.*

›Allgemeine Röntgenkunde‹ (1936) von Glasscheib im Verlagskatalog von 1935 als Wiener Titel gekennzeichnet. Ob nun schon dieser Vermerk oder erst das Angebot der Neuauflagen durch die Hirschwaldsche Buchhandlung Kollegen im Sortiment oder Verlag, vielleicht auch angeschriebene Ärzte hatte aufmerksam werden lassen, wird kaum aufzuklären sein; jedenfalls bekam der Verlag einen scharfen Verweis und hat ähnliche Transaktionen später nicht mehr gewagt.

Ein Grenzfall war wohl Gustav Radbruchs Feuerbach-Biographie, die der Wiener Verlag 1934 verlegte. Radbruch, sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, zweimal Reichsjustizminister und seit 1926 o. Professor und Direktor des juristischen Seminars der Universität Heidelberg, war am 29. April 1933 aufgrund des ›Berufsbeamtengesetzes‹ amtsenthoben worden. Eine Veröffentlichung im Reich erschien also kaum geraten. Auch Karl Poppers ›Logik der Forschung‹ konnte noch 1935 in Wien erscheinen und ist, wie auch Radbruchs Buch, im Berliner Preisverzeichnis des Jahres 1935 aufgeführt. Im Verzeichnis vom Dezember 1939 sucht man beide Bücher vergeblich.

Aber auch andere Titel des Wiener Verlags waren in Deutschland nicht erwünscht, wie die Beilage zum Preisverzeichnis vom Dezember 1939 erkennen läßt (vgl. S. 353). Von den 35 hier aufgeführten, nach 1933 erschienenen Büchern stammten allein 26 aus Wien. Neben medizinischen, physikalischen und juristischen Büchern war hierunter auch Eric Voegelins ›Der totalitäre Staat‹ (1936), ein Werk, das – wen wundert es? – in Deutschland nicht angeboten werden durfte. Und unerwünscht war auch Wilhelm Röpkes ›Die Lehre von der Wirtschaft‹ (1937). Diese Titel waren nur noch für den Verkauf ins Ausland zugelassen. Die Devisennot relativierte die weltanschaulichen Bedenken.

Im Zweiten Weltkrieg

Das letzte Verlagsverzeichnis vor Kriegsende hatte als Redaktionsschluß den Dezember 1939. In der Vorbemerkung heißt es: »Das vorliegende Preisverzeichnis schließt an die letzte Ausgabe des Verzeichnisses vom Mai 1935 an.« Es wird also jeder Empfänger des Ergänzungsverzeichnisses auch die Ausgabe von 1935 sorgfältig aufbewahrt haben. Das neue Verzeichnis führt im Grundsatz nur Bücher auf, die seit 1935 erschienen waren; doch bei Reihen und Handbüchern, die fortgeführt wurden, sind häufig auch frühere Bände verzeichnet. Und auch hier werden gelegentlich noch die Namen jüdischer Herausgeber genannt. Nur beim Handbuch der Haut- und Geschlechtskrank-

Das vorliegende Preisverzeichnis schließt an die letzte Ausgabe des Verzeichnisses vom Mai 1935 an. Es enthält auch die Werke des Verlages Julius Springer, Wien, J. F. Bergmann, München, F. C. W. Vogel, Berlin, sowie die am 1. Januar 1937 übernommenen Werke aus dem Otto Spamer Verlag GmbH., Leipzig.

Die gesamte Auslieferung und Abrechnung für Berlin, München und Wien erfolgt nur von Berlin aus.

Die Lieferung erfolgt auf Grund der „Buchhändlerischen Verkehrsordnung“.

Die Zahlungen aus dem Ausland müssen in Devisen oder freien Reichsmark erfolgen, gegebenenfalls auch auf offizielles Verrechnungskonto. Reichsmarknoten, Scheidemünzen, Briefmarken, Sperrguthaben gelten in keinem Falle als freie Reichsmark.

365: Vorbemerkung aus dem Preisverzeichnis vom Februar 1940, in dem nur in Ausnahmefällen noch die vor 1935 erschienenen Titel angezeigt wurden.

heiten fehlt der Name von Josef Jadassohn, der schon 1933 mehrmals ein Stein des Anstoßes gewesen war. Emigrierte jüdische Autoren wie Richard Courant, Lise Meitner, Richard von Mises oder Georg Schlesinger sind ebenso vertreten wie Leon Asher, Ferdinand Springers väterlicher Freund in Bern und sein langjähriger Berater; als Schweizer Staatsbürger war er nicht unmittelbar von der Rassendiskriminierung des Dritten Reiches betroffen.

Die Honorare konnten noch für das Jahr 1937 überwiesen werden. Honorarabrechnungen für die Kriegsjahre konnten nicht ermittelt werden. Durch die ›Elfte Verordnung zum Reichsbürgergesetz‹ vom 25. 11. 1941 verfielen schließlich noch verbliebene Vermögenstitel dem Reich. Das Bestehen von Verpflichtungen – also auch von Honoraransprüchen – mußte dem Oberfinanzpräsidium Berlin mitgeteilt werden (§ 7). »Wer dieser Anzeigepflicht vorsätzlich oder fahrlässig zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten oder mit Geldstrafe bestraft«, besagte der § 7,1 dieser Verordnung. Dementsprechend überwies der Verlag z.B. die Max Born für den Absatz seiner Bücher zugesagten Honorare an die Finanzkasse. Nach dem Krieg wurden sie im Zuge der Wiedergutmachung den Autoren erstattet.

Bis zum Frühjahr 1941 gab es im Verlagsbuchhandel noch keine so wesentlichen Einschränkungen wie im Ersten Weltkrieg. Personelle Engpässe, die in den Firmen durch Einberufungen entstanden, konnten häufig noch durch die zunehmende Beschäftigung von Frauen ausgeglichen werden.

Die Neuproduktion des deutschen Verlagsbuchhandels war schon von 1938 auf 1939 um fast 25 % zurückgegangen. Bis 1942 halbierte sie sich auf fast die Hälfte des Standes von 1938 als noch 20000 Neuerscheinungen auf den Markt gekommen waren. Der Anteil der Nachdrucke hingegen verdoppelte sich von 5300 auf 10300 Titel [STEMMLE: 177]. Auch diese veränderte Relation bedeutete eine Reduzierung des Aufwandes und der benötigten technischen und personellen Kapazitäten.

Trotz der schon seit 1928 ständig rückläufigen Produktion (vgl. S. 321) war der Inlandumsatz des Verlags seit 1938 stetig gestiegen:

*Umsatz 1938–1942
in Tausend Reichsmark*

	1938	1939	1940	1941	1942
Inland	6070	6481	7412	9108	14825
Export	3414	3339	2955	2136	2022
Gesamt	9484	9820	10367	11244	16847
Exportanteil (%)	36,0	34,0	28,5	19,0	12,0
Steigerung Inland gegenüber Vorjahr (%)	5,9	6,8	14,4	22,9	62,8

Wegen des geringen Angebots neuer Titel begannen die Bibliotheken, ihre in den Rezessionsjahren entstandenen Lücken aufzufüllen. Bei den ›neuen‹ Universitäten Straßburg und Posen bestand ein beträchtlicher Nachholbedarf, da beide zwischen 1919 und 1939 deutsche wissenschaftliche Literatur nur in geringem Umfang angeschafft hatten. Auch die Universitätsbibliotheken Österreichs und in den besetzten Gebieten hatten einen Nachholbedarf, und da ausländische Bücher und Zeitschriften nicht mehr ins Land kamen, profitierte hiervon die deutsche Literaturproduktion. Private Interessenten werden sich bei dem bestehenden Kaufkraftüberhang zu Buchkäufen bewogen gefühlt haben, für die ihre Mittel bisher nicht ausgereicht hatten. Schließlich beeinflusste auch die veränderte Programmstruktur – mehr Praktikerbücher, weniger Grundlagenforschung – dieses Ergebnis.

Der Umsatz der ›Springer-Gruppe‹ war in diesen Jahren noch wesentlich höher. Einschließlich der Umsätze des Wiener Springer-Verlags und der Hirschwaldschen Buchhandlung hatte Springer von 1933–1938 einen Umsatz von 85 Mio. RM, also durchschnittlich 14 Mio. pro Jahr, von denen knapp die Hälfte auf den Export entfielen.

Der Export war allerdings seit 1933 stetig zurückgegangen (vgl. S. 368). Die deutlichste Zäsur liegt zwischen 1940 und 1941: Der Osten Europas, in den noch 1932 über 30 % der Ausfuhr wissenschaftlicher Bücher gegangen war, fiel nun als Abnehmer aus. Bis zum Juni 1941 konnten die für Ostasien, insbesondere die für Japan bestimmten Bücher noch auf der Transsibirischen Eisenbahn transportiert werden; dieser Weg war nun versperrt. Jede auf den Seetransport angewiesene Ausfuhr war durch die englische Blockade nahezu zum Erliegen gekommen. Abnehmer waren nur noch die neutralen Länder, also die Schweiz, Schweden, Spanien, Portugal und die Türkei. Die Alliierten bestellten die für ihre Forschung wichtigen Bücher und Zeitschriften über den Buchhandel dieser Länder.

Der Export brachte auch in dem Maße weniger harte Devisen ein, wie immer mehr Gebiete Europas unter deutsche Kontrolle kamen. Doch gerade in diese Länder wurde die Ausfuhr gefördert. Auf dem Balkan z. B. waren die Importe englischer und französischer Bücher ausgefallen, und in einer zunehmenden Verbreitung deutscher wissenschaftlicher Literatur wurde nicht zu Unrecht auch eine Stärkung des deutschen Einflusses gesehen. Diese Tendenz begünstigte die Zuteilung höherwertiger Papiersorten und eine Ausnahmegenehmigung für die Verarbeitung von Buchleinen, das ab 1943 sonst nicht mehr verwendet werden durfte. Im Konjunkturbericht des Börsenvereins für das 3. Quartal 1941, erstattet von Gerhard Menz, heißt es: »Gerade für den Verlag exakt wissenschaftlicher Literatur spielt die Ausstattung eine besonders wichtige Rolle, weil ja das deutsche wissenschaftliche Buch nicht nur inhaltlich, sondern auch ausstattungsgemäß auf dem Weltmarkt konkurrieren soll... Mit naturwissenschaftlichen und medizinischen Monographien auf mittelfeinem Papier werden wir kaum Aussicht haben, ernstlich und auf die Dauer auf Auslandsabsatz rechnen zu können.«

Die sich seit 1942 zunehmend verschlechternde Versorgungslage mit Rohstoffen (Papier, Pappe, Druckfarben, Ersatzteile) führte auch dazu, daß die Ausverkaufsfristen für Bücher jüdischer Autoren [DAHM (2): 216ff.] immer wieder verlängert wurden, zumal ein »Ersatz« durch Arbeiten arischer Autoren während der Kriegszeit kaum zu erwarten war. Die letzte Frist für den Ausverkauf »sonstiger jüdischer Literatur« war am 31. 12. 1942 abgelaufen. Danach erfolgte der Verkauf nur noch gegen einen Revers, mit dem zu bestätigen war, daß das Buch für wissenschaftliche Zwecke gebraucht werde, ein Nachweis, der unschwer zu erbringen war.⁹² Gleichwohl hielt es der Verlag für geraten, die Bücher jüdischer Autoren in einem abgelegenen

366: Seit 1943 gab es für den Buchhandel eigene Richtlinien zur Geltendmachung von Kriegssachschäden. Der verstärkte Luftkrieg und die Zerstörungen von Betriebsstätten und Transportwegen nötigten größere Verlage, besondere Instanzen für die Bearbeitung von Schadensfällen zu schaffen.

Kellerraum des Verlagshauses zu separieren, wo sie dem Blick Betriebsfremder entzogen waren.

Gemäß einer streng vertraulichen Anweisung vom 1.4.1940 mußten die Verlage ihre Buchplanungen, u.a. ›Wehrwirtschaftsschrifttum‹, dem Propagandaministerium mitteilen, wobei die Angaben je Titel zunächst nicht mehr als zwei Seiten umfassen sollten. Schon am 26.4.1940 erläuterte ein ausführliches Rundschreiben diese Anweisung und verschärfte sie zugleich.

Das Stichwort ›Wehrwirtschaftsschrifttum‹ betraf auch den Springer-Verlag. Es bestand begreiflicherweise aber Unsicherheit: Gehörten hierzu auch Bücher der chemischen und physikalischen Grundlagenforschung, mußten auch ingenieurwissenschaftliche Titel gemeldet werden? Manchmal wohl schon, aber dies zu entscheiden, blieb dem Verlag überlassen. Im Springer-Archiv ließen sich bislang nur wenige Titel ermitteln, bei denen der Verlag im Sinne der Verordnung reagierte. Fälle, in denen es unterblieben war und der Verlag deshalb gerügt worden wäre, sind nicht bekannt.

In den ›Vertraulichen Mitteilungen für die Fachschaft Verlag‹ vom 16.6.1941 wurden zusätzliche Formvorschriften für die einzureichenden Manuskripte bekanntgegeben. Es ist sehr fraglich, ob zu diesem Zeitpunkt z. B. die Bedingung noch allgemein erfüllt werden konnte, die Manuskripte auf »widerstandsfähigem Papier« zu schreiben. Wie bei vielen Verordnungen zur Schrifttumsplanung und Manuskriptprüfung sind also Zweifel angebracht, ob sie auch in der Praxis wirklich so gehandhabt wurden.

Die Papierbewirtschaftung, schon bei Kriegsbeginn eingeführt, hatte zunächst noch keine spürbaren Auswirkungen auf die Produktion [HÖVEL (3): 13]. Bis Mitte 1941 wurden den Verlagen noch Pauschalkontingente zugeteilt, die für den Springer-Verlag hinsichtlich seiner gedrosselten Produktion offenbar noch ausreichten. Auch das Einzelgenehmigungsverfahren, das danach eingeführt wurde, hat für den Verlag nicht zu erheblichen Einschränkungen geführt. Paul Hövel, der Leiter der ›Wirtschaftsstelle des deutschen Buchhandels‹, war dem Springer-Verlag gewogen, und ein Hinweis auf die Exportanteile Springers reichte zumeist offenbar aus, die beantragten Kontingente auch genehmigt zu bekommen. Die Position Springers war auch insofern günstig, als die angeforderten Mengen – zufolge der niedrigen Auflage je Titel – relativ gering waren: Der Papieranteil betrug – abgesehen von Lehrbüchern, für die Sonderregelungen galten – nur knapp 6% der Wertschöpfung, also des Verlagsumsatzes.

Schon im Anschluß an die Pogrome des 9. 11. 1938 hatte Wilhelm Baur gegenüber Paul Hövel Beschwerde geführt, daß man es versäumt habe, bei dieser Gelegenheit auch den Springer-Verlag zu demolieren und damit Ferdinand Springer zum Rücktritt zu zwingen. Hövel informierte vertraulich Tönjes Lange, der seinerseits Kontakt zum Reichswirtschaftsministerium aufnahm. Dieses wies die Reichsschrifttumskammer nachdrücklich darauf hin, daß die ungestörte Weiterführung des Springer-Verlags gesichert bleiben müsse. Das Reich könne auf die Exporterlöse nicht verzichten [HÖVEL (1): 410].

Am 27. 3. 1941 wurde eine Verordnung erlassen, daß Unternehmen mit jüdischen Namen bis zum 15. Juli umzufirmieren hätten. So mußte sich der ›Verlag von Julius Springer‹, wie er seit seiner Gründung hieß, in ›Springer-Verlag‹ umbenennen. Im Signet waren die Initialen JS gegen SV auszutauschen, und das Gründungsjahr 1842 sollte nicht erwähnt werden. Der Familienname des Gründers blieb allerdings erhalten, ob aus Rücksichtnahme auf das neutrale Ausland, sei dahingestellt. Die 1921 erworbene Hirschwaldsche Buchhandlung mußte gleichfalls umbenannt werden. Springer entschied sich für ›Lange & Springer‹, um die ›arische‹ Teilhaberschaft zu dokumentieren.

Selbst große Handbücher, die vor über fünfzig Jahren von Juden gegründet worden waren und die deren Namen immer noch wie ein Markenzeichen führten, fielen unter diese Bestimmung. Unter Hinweis auf die hohen Exportumsätze gelang es, eine Umbenennung des Beilstein zu verhindern.⁹³

Nach der Wannseekonferenz am 20. 1. 1942, bei der die administrativen Aspekte zur ›Endlösung‹ der Judenfrage erörtert worden waren, gab es auch keine Rücksichten mehr gegenüber den wenigen ›Mischlingen‹, die – wie Ferdinand Springer – noch mit einer Sondergenehmigung tätig waren. Angesichts der zunehmenden Gefährdung bewies Springer ein ungewöhnliches Maß an persönlichem Mut, als er Ende März 1942 einen Prokuristen von Lange & Springer, zu dieser Zeit Hauptmann der Reserve, mit sofortiger Wirkung beurlaubte. Dieser hatte die Musterungskommission, der sich einer der Söhne Ferdinand Springers zu stellen hatte, darüber informiert, daß dieser Vierteljude sei und daher als Reserveoffiziersbewerber nicht in Betracht kommen dürfe. Springer bekam beim Arbeitsgericht zwar recht, er lieferte aber der Reichsschrifttumskammer einen weiteren Anlaß, sein Ausscheiden aus dem Verlag noch entschiedener zu betreiben.

*Ferdinand Springer
muß ausscheiden*

367: Das 1881 eingeführte Signet mußte 1941 nach der Umbenennung des Verlags geändert werden. Seit 1946 wird das alte Signet wieder verwendet. Hinzu kam 1976 eine strenger gefaßte Version des Graphikers Max Bollwage, die insbesondere für Bücher in fremden Sprachen und in der Werbung verwendet wird.

368: Daß Ferdinand Springer eine kurze Ansprache aus Anlaß des 100. Gründungstags des Verlags vor der Bronzestatue seines »jüdischen Vaters« gehalten hatte, wurde ihm übel vermerkt. Die Büste schuf Arthur Lewin-Funcke 1907. Siehe auch Abb. 153.

Am 10.5.1942 konnte der Verlag auf sein 100jähriges Bestehen zurückblicken. Es war während des Krieges untersagt, Firmenjubiläen zu feiern, und beim Springer-Verlag konnte gewiß kein Interesse daran bestehen, in der Öffentlichkeit hervorzutreten. Es wurde aber an alle Angestellten, also auch die im Dienst der Wehrmacht stehenden, ein Jubiläumsgeld in Höhe von 25% eines Monatsgehalts gezahlt, und es fand eine kleine hausinterne Feier statt. Daß Ferdinand Springer seine kurze Ansprache »vor der Büste seines jüdischen Vaters« gehalten hatte, wurde von jenem Prokuristen, der ihn schon bei der Musterungskommission angeschwärzt hatte und der von früheren Kollegen von der Feier gehört hatte, der Reichsschrifttumskammer gemeldet. Die letzten Monate von Ferdinand Springers Verlegertätigkeit waren nun zu zählen.

Im September 1942 ordnete die Reichsschrifttumskammer an, daß Ferdinand Springer »möglichst bald, spätestens am 1. April 1943« aus seinen Firmen ausscheiden müsse [HÖVEL (1): 411]. Anfang November 1942 wurde Tönjes Lange dann während einer Geschäftsreise zufällig Ohrenzeuge eines Gesprächs, demzufolge der Verlag zerschlagen werden solle und der Name Springer verschwinden müsse. Die Medizin und ihre Nachbargebiete seien dem »Reichsgesundheitsverlag«, die Technik dem »Verlag der Deutschen Arbeitsfront« anzugliedern [HÖVEL (1): 411]. Um einer Auflösung des Verlags zuvorzukommen, teilte Springer am 12.11.1942 der Reichsschrifttumskammer mit, daß er »am heutigen Tage« aus allen seinen Firmen ausgeschieden sei. Alleinige Gesellschafter seien nun Tönjes Lange und dessen Bruder Otto, Geschäftsführer des Springer-Verlags in Wien. Die notariellen Verträge waren geschlossen und die Änderungen dem Handelsregister gemeldet. Die Brüder Lange betrachteten sich lediglich als Treuhänder Ferdinand Springers. Nach einer Veränderung der Verhältnisse, auf die man zunehmend hoffte, sollte ihm sein Eigentum zurückgegeben werden.

Der Verlagsbetrieb während des Krieges

Durch die Einstufung als »Wehrwirtschaftsbetrieb« am 23.11.1939 war zunächst sichergestellt, daß der Verlag durch Einberufungen in seiner Arbeitsfähigkeit nicht zu stark beeinträchtigt wurde. Nach einer Überprüfung durch das Arbeitsamt am 15.11.1940, »Auskämmaktion« genannt, wurde ein weiterer Abzug von Arbeitskräften für unmöglich erklärt. In der Begründung heißt es: »Die überragende kultur-politische Bedeutung der auf den Gebieten Medizin, Technik und Chemie führenden Firma, größter Fachverlag der Welt... mit 5600 lie-

ferbaren Werken, läßt infolge steigenden Umsatzes, besonders auch im Hinblick auf die großen Aufgaben, die der Verlag wehrpolitisch zu leisten hat, einen Abzug von Arbeitskräften nicht zu. – Der Export des Verlages allein beträgt ca. 45% des Gesamtumsatzes [incl. Hirschwaldsche Buchhandlung] – im Jahre 5 Millionen RM. Die nordamerikanische Konkurrenz, die bereits auf dem Gebiet der Mathematik eingebrochen ist, hat der Verlag abzuwehren.« Man könnte meinen, Tönjes Lange habe dem Gutachter die Feder geführt...

Mit zunehmender Härte des Krieges und stetig wachsenden Anforderungen der Wehrmacht und der Rüstungsindustrie gab es immer mehr Einberufungen. Von den 260 Mitarbeitern bei Kriegsausbruch (knapp die Hälfte davon Frauen) waren 1942 schon 49 eingezogen. Am stärksten war die Expedition betroffen, deren Personalstand von 21 auf 10 zurückging. Die Anzeigenabteilung war von 12 auf 7 reduziert, was vertretbar sein mochte, da das Anzeigenaufkommen kriegsbedingt stark rückläufig war. Wegen der gedrosselten Buchproduktion waren hier 9 von 24 Kräften abgezogen worden, während die Zeitschriftenherstellung mit 5 Einberufungen von 24 weniger geschwächt wurde. Bis zuletzt blieb der Verlag bemüht, seine Zeitschriftenproduktion weitgehend aufrecht zu erhalten. Dies war auch insofern zweckmäßig, als das Verlustrisiko infolge von Kriegseinwirkungen geringer war, ließen sich doch Hefte mit 3 bis 5 Bogen Umfang schneller produzieren als Bücher.

Trotz rückläufiger Produktion nehmen die Belastungen für die ›Gefolgschaft‹ ständig zu: Der administrative Aufwand wächst, die Kapazität der technischen Betriebe geht aufgrund der verfügbaren Personaleinschränkungen zurück. Engpässe entstehen durch den Mangel an Material und Ersatzteilen. Mit der Verschärfung des Luftkrieges gibt es Transportprobleme: Brief- und Paketpost gehen verloren und damit Manuskripte und Bildvorlagen; Stehsätze, halbfertige und fertige Bücher geraten in Verlust. Andere Produktionsstätten müssen gefunden, Schadensmeldungen geschrieben werden. Unter dem Einfluß verstärkter Luftangriffe auf Berlin wird auch die Arbeit im Verlag zunehmend behindert. Mitarbeiter können nach den Angriffen nicht zur Arbeit kommen, weil sie ihren Familien erst ein neues Obdach suchen müssen. Im November 1943 wird das Verlagshaus durch eine in der Nähe heruntergegangene Luftmine zum ersten Mal beschädigt. Im Januar 1944 beginnt die Auslagerung von Verlagsbeständen in die Lausitz, nach Schlesien und nach Österreich. Am 12.2.1944 zerstört eine Sprengbombe den Packraum. Mehr als die Hälfte der übrigen Arbeitsräume ist vorerst nicht mehr zu benutzen. Die Heizung ist zerstört: »Die

369: Die beiden obersten Stockwerke des Verlagshauses waren ausgebrannt und der hintere Teil des Hauses durch Brand und Bombentreffer unbenutzbar geworden. Das Dach konnte erst nach dem Krieg wieder gedeckt werden. Die Aufnahme stammt aus dem Jahre 1946.

Tinte war uns zwar gestern früh eingefroren,« berichtet Tönjes Lange seinem Bruder Otto nach Wien, »aber man nimmt es eben hin.«

Für die Kriegsschäden nur des Jahres 1944 sind zufällig einige Bilanzunterlagen erhaltengeblieben, die auch die Verluste bei den technischen Betrieben einschließen. Hiernach gingen verloren (in Reichsmark):

Lagervorräte	1 916 083,71
Angefangene Arbeiten	443 726,38
Papiervorräte	111 773,16
Inventar	66 412,90
Büromaschinen und Packmaterial	11 541,80
	<u>2 549 537,95</u>

Die Lagervorräte waren zum Herstellungspreis eingesetzt, die übrigen Positionen zu den Einkaufspreisen, ggf. nach Abschreibung. Hinzu kamen Gebäudeschäden, für die Schätzungen nicht vorliegen.

Ein unwirksames Verbot

Springer hatte 1916 von Leon Asher, seit 1914 o. Prof. in Bern, ein Buch unter dem Titel ›Praktische Übungen der Physiologie‹ verlegt, das 1924 in 2. Auflage erschien. Inzwischen war es längst vergriffen und entsprach auch nicht mehr dem aktuellen Stand der Forschung. Die Erneuerung war mit Ashers Lehrstuhlnachfolger Alexander von Muralt schon 1937 vereinbart worden. Muralt war 1935 auch an Ashers Stelle als Herausgeber der ›Ergebnisse der Physiologie‹ getreten und wurde ab 1938, neben Emil Abderhalden, Albrecht Bethe und

370: Der Physiologe Leon Asher (1865–1943) war mit Ferdinand Springer seit dessen Berner Zeit (1900–1902) gut bekannt.

371: Ashers Lehrstuhlnachfolger Alexander von Muralt (1903–1990) setzte dessen Werk am Berner Halerianum fort und trat auch an dessen Stelle als Herausgeber der ›Ergebnisse der Physiologie‹ und als Mitherausgeber von ›Pflügers Archiv‹.

Hermann Rein, Mitherausgeber von ›Pflügers Archiv für die gesamte Physiologie des Menschen und der Tiere‹. Da v. Muralt im selben Jahr auch Mitherausgeber der ›Monographien aus dem Gesamtgebiet der Physiologie der Pflanzen und der Tiere‹ geworden war, verzögerte sich die Ablieferung des Manuskripts. Zudem stellte sich bei der Arbeit heraus, daß Ashers Buch völlig neu konzipiert werden mußte. Dementsprechend wurde auch ein anderer Titel gewählt. Man einigte sich auf ›Praktische Physiologie‹. Springer nahm die Verzögerungen gelassen hin und schrieb dem Autor 1938: »Ich bin mir stets klar darüber, daß Bücherschreiben und Bücherherausgeben für den Forscher nur eine sekundäre Angelegenheit sein kann.«

Der erste Teil des Manuskripts ging im Frühjahr 1938 an den Verlag, ein weiterer im Sommer 1939. Doch ehe noch die ersten Fahnen vorlagen, trat ein Stillstand ein. Nachdem der Autor einige Wochen lang geschwiegen hatte, brachte ein Brief vom 1. 10. 1939 die Erklärung: »Durch die Gesamtmobilisation unserer Armee sind meine Pläne bezüglich des Buches vollständig durchkreuzt worden. Ich führe zur Zeit eine Artillerie-Abteilung und kann das Manuskript unmöglich fertigstellen, da ich weder die nötigen Unterlagen mitführen kann, noch die nötige Zeit und Ruhe besitze.«

Ende November 1939, nach einigen Erinnerungsschreiben des Verlags, meldete sich v. Muralt erneut. Er befände sich nach wie vor »im Felde« und könne nur berichten, daß ihm keine Zeit für das Manuskript bleibe. Auch am 6. 1. 1940 sieht es nicht besser aus: »Es bedrückt mich persönlich sehr, daß ich Sie im Stich lassen muß.« Inzwischen können vom Verlag nur die Reproduktionsarbeiten gefördert werden. Erst im November 1940 kann v. Muralt die Arbeit wieder aufnehmen und das Manuskript dann endlich im Juli 1941 abschließen. Es vergeht nun aber noch mehr als ein Jahr, bis auch die 150 Abbildungsvorlagen klischiert sind: Die Post braucht oft einige Wochen, und zwischenzeitlich muß der Autor immer wieder militärischen Verpflichtungen genügen.

Am 10. 2. 1943 kann der Verlag dann endlich ein Vorausexemplar an v. Muralt schicken, das freilich erst am 20. 3. in Bern eintrifft. Die Ausstattung ist so gut wie in Friedenszeiten. Am 12. 3. 1943 werden 1214 festbestellte Exemplare an den Buchhandel ausgeliefert. Bestellt waren 6000 bei einer Auflage von 2000 Exemplaren. Bis hierhin ist dies eine für die Kriegszeit noch ziemlich normale Produktionsgeschichte. Als Beispiel hätte auch das Buch eines deutschen Wissenschaftlers dienen können, bei dem es kriegsbedingte Verzögerungen gab. Doch dieses Buch hat eine besondere Geschichte:

372: Das *Corpus delicti* wurde am 12.3.1943 ausgeliefert. Um eine Verkaufssperre unwirksam zu machen, lieferte der Verlag die noch vorhandenen Bestände rechtzeitig (unverlangt) an Schweizer Buchhandlungen.

Es war am 13.2.1943 im Börsenblatt angezeigt worden und Kurt Klare, dem »Beauftragten für die medizinische Presse beim Reichsärztführer«, war bei dieser Anzeige etwas aufgefallen: Obwohl Asher nicht erwähnt wurde, ging für Klare aus dem Zusammenhang eindeutig hervor, daß dieses Buch als Folgeauflage des Buches von Asher anzusehen war. In einem Schreiben an die Reichsschrifttumskammer vom 13.3.1943 hebt Klare hervor, daß der Verlag »ganz besonders den von Asher vererbten talmudischen Geist des Berner Institutes als Wesenszug dieses Buches« preist und bittet um Stellungnahme.

Am 22.3.1943 meldet sich die Reichsschrifttumskammer beim Verlag: »Es wird [in der Anzeige] der Eindruck erweckt, daß das Buch des Juden Asher unter arischem Namen neu herausgebracht wird. Sie werden um Stellungnahme gebeten, ob Sie hierzu die Genehmigung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda eingeholt haben.« Im Antwortbrief des Verlags vom 25.3., den Paul Rosbaud diktiert und den Tönjes Lange unterzeichnet hat, wird mit Recht darauf hingewiesen, daß es sich um ein völlig neues Buch handle. »Daß Professor v.Muralt, wie dies in der Anzeige zum Ausdruck gebracht wurde, auf seinen Vorgänger hinwies, erschien uns eine Angelegenheit, in die wir dem Schweizer v.Muralt nicht hincinreden konnten. Es schien uns im nationalen Interesse gelegen, alles zu vermeiden, was hätte dazu führen können, daß Professor v.Muralt seine »Praktische Physiologie« nicht in einem deutschen, sondern in einem Schweizer Verlag veröffentlicht hätte.« Zusätzlich weist Rosbaud darauf hin, daß Muralt als »betont deutschfreundlicher Schweizer anzusehen ist«.

Schon am 2.4.1943 kann Tönjes Lange dem Autor mitteilen, daß das Buch seit einigen Tagen vollständig ausverkauft sei. »Um den Schweizer Buchhandel noch entsprechend zu versorgen, haben wir an die führenden Buchhandlungen verschiedene Partien hinausgehen lassen...« Um die drohende Beschlagnahmung zu vermeiden, hat der Verlag also den Restbestand in die Schweiz verbracht, ohne daß entsprechende Bestellungen vorgelegen hatten. Dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda wird am 9.4.1943 durch Boten ein ausführlicher Bericht über die Vorgeschichte des Buches, die Bedeutung des Vorworts und über die Persönlichkeit v. Muralts zugestellt. Das Anschreiben schließt lakonisch mit der Feststellung: »Das Buch ist vergriffen.«

Am 6. Mai schaltet sich auch eine andere Abteilung des Ministeriums ein, die offenbar zum ersten Mal von der Angelegenheit gehört hat; so jedenfalls schildert ein Referent des Ministeriums den Vorgang in einem Brief an die Reichsschrift-

tumskammer [BDC]. Bisher war nur gerügt worden, daß in den Anzeigen auf den Vorgänger v. Muralt hingewiesen wurde, ohne allerdings dessen Namen zu erwähnen. Nun hat man das Buch zur Verfügung und stellt mit Empörung fest, daß Asher das Vorwort sogar mitunterzeichnet hat. Es liege hierin »eine große Fahrlässigkeit des Verlages«, der es versäumt habe, »das Erscheinen des Juden Asher als *Mitverfasser* des Vorworts zu verhindern. Es wird ersucht,« heißt es weiter, »den Inhaber der Springer-Verlages wegen dieses Vergehens in eine angemessene Ordnungsstrafe zu nehmen.« Von einer Veröffentlichung wäre abzusehen. »Die weiteren Schritte wegen Einziehung noch verfügbarer Exemplare des Buches und Verhinderung von Besprechungen sind von hier aus erfolgt«.

Die freundschaftliche Zusammenarbeit von Vorgänger und Nachfolger im Hallerianum in Bern ist die Grundlage, auf der das vorliegende Buch entstanden ist. Ursprünglich hatten wir geplant, gemeinsam die 3. Auflage von ASHERs Praktischen Übungen in der Physiologie herauszugeben. Bei der Überarbeitung zeigte es sich aber, daß auf den bewährten alten Grundlagen ein neues Buch entstand, das unter einem neuen Titel der Öffentlichkeit übergeben werden soll. Es ist auf den Praktischen Übungen aufgebaut, führt die Tradition des Berner Institutes weiter und ist doch etwas Neues: Eine Einführung in die „messende Physiologie“.

373: Diese einleitenden Sätze des Vorworts und dessen Mitunterzeichnung durch Asher führten zu einem viermonatigen Federkrieg zwischen dem Verlag und den Zensurinstanzen.

Die Verhängung einer Ordnungsstrafe wird nach einem interministeriellen Briefwechsel verworfen. Man will Aufsehen vermeiden. Für die Einziehung der noch verfügbaren Exemplare ist es aber zu spät, denn das Buch war ja vergriffen. Darüber hinaus hat der Verlag bereits am 12. und 13. April auf eine Anweisung hin, die offenbar telefonisch erteilt worden ist, die 62 belieferten Buchhandlungen fernmündlich aufgefordert, noch nicht verkaufte Exemplare an den Verlag zurückzuschicken. Dasselbe Ersuchen geht auch an Zeitschriftenredaktionen, die Rezensionsexemplare erhalten hatten, denn eine Besprechung ist unerwünscht.

Am 16. 4. 1943 hatte sich der Göttinger Physiologe Hermann Rein an Klare mit der Bitte gewandt, das Rezensionsverbot »sofort rückgängig zu machen. Es obwaltet hier bestimmt ein verhängnisvoller Irrtum. Professor von Muralt ist . . . heute einer der treuesten Sachwalter Deutschlands in der Schweiz«. Die Bezugnahme auf Ashers Buch sei eine ritterliche Geste dem Vorgänger gegenüber. Doch Klare besteht auf seiner Anordnung: »Es steht für uns nicht die Frage zur Diskussion, ob Herr v. Muralt ein bedeutender Wissenschaftler ist . . ., sondern wir haben es hier mit einem Grundprinzip des Nationalsozialismus zu tun, der jüdisches Geistesgut ablehnt. Der Verfasser und vor allem der Verlag Springer hätten wissen müssen, daß ein Buch

374: Der Göttinger Physiologe Hermann Rein (1898–1953) war dem Verlag als Autor und Herausgeber eng verbunden. Seine ›Einführung in die Physiologie des Menschen‹, 1936 zum ersten Mal erschienen, erlebte bis Kriegsende 7 Auflagen (s. Anm. 54). Es gelang ihm, das gegen von Muralts Buch verhängte Rezensionsverbot zu unterlaufen.

mit dem Vorwort eines Juden für Deutschland untragbar ist...« Doch Rein hakt nach und schreibt am 10. 5. an Klare: »Was Sie mir über die Grundprinzipien des Nationalsozialismus mitteilen, ist mir sehr wohl bekannt. Ebenso bekannt ist mir jedoch, daß gerade im heutigen Deutschland über jeden Schematismus hinaus die jeweils höheren Gesichtspunkte für wichtige Entscheidungen maßgebend sein sollen. Ein solcher Fall ist hier gegeben.« Auch in seiner Antwort vom 25. 5. beharrt Klare auf seiner Meinung, daß v. Muralts Handlungsweise keine »ritterliche Geste« sei; »ich kann sie höchstens als Taktlosigkeit bezeichnen. Was ist es schließlich anders, wenn ein Ausländer, der mit dem neuen Deutschland einig gehen will und das deutsche Gastrecht für ein Buch beansprucht, es wagt, einen Juden als betonten Freund mit einzuschmuggeln?!« [BDC].

Am 1. 7. 1943 teilt das Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda dem Verlag mit, »daß das OKL [Oberkommando der Luftwaffe] befürchtet, infolge einer völligen Deklassierung könne Prof. Muralt seine deutschfreundliche Stellung revidieren...«. Es wird empfohlen, durch einen geeigneten und anerkannten Physiker [!] eine kurze sachliche Besprechung zu veranlassen. Die Rezension in den ›Naturwissenschaften‹ schreibt dann allerdings nicht der als kompetent vorgeschlagene Münchner Physiker Walther Gerlach, sondern der Göttinger Physiologe Hermann Rein.

Eine Neuauflage von Muralts Buch – jedoch mit einem anderen Vorwort – war schon während der hier geschilderten Kontroverse beschlossen worden. Sie erschien Anfang Juli 1944 in einer Auflage von 4000 Exemplaren. Im selben Jahr kam auch eine spanische Übersetzung heraus.

Die letzten Kriegsjahre

Die Kontrolle auch wissenschaftlicher Literatur wurde seit 1940/41 immer stärker vom Propagandaministerium und seinen Instanzen beansprucht. Diesem Ziel diene möglicherweise auch die Neugliederung der ›Fachschaft Verlag‹ im Börsenverein. Es gab seit dem 1. 1. 1942 zwölf Fachgruppen sowie drei gleichgestellte Arbeitsgruppen: die Arbeitsgemeinschaft wissenschaftlicher Verlage (AWV), die Arbeitsgemeinschaft der Fachbuchverlage und die des Reisebuchhandels. Die zwölf Fachgruppen waren für die Geisteswissenschaften und die Belletristik zuständig. In unserem Zusammenhang interessiert nur die AWV, deren Leitung Tönjes Lange übernahm. Es kennzeichnet Langes Renommee, daß ihm diese Aufgabe übertragen wurde, obwohl er nicht der Partei angehörte. Nach jahrzehntelanger Zurückhaltung des Springer-Verlags war Lange übrigens

der erste Teilhaber, der eine Funktion im Börsenverein übernahm. Es war dies eine dornenreiche Aufgabe, doch Lange hatte nun Gelegenheit, Einblick in die Planung von Verordnungen zu erhalten.

Unter Hinweis auf die personellen Engpässe in den Verlagen und die Verzögerung der Produktion durch lange Prüfwege konnte Tönjes Lange manche geplante Maßnahme verhindern. Dennoch blieben auch den Wissenschaftsverlagen weitere Belastungen nicht erspart: Seit November 1942 mußten alle Manuskripte, die unter die Rubrik ›Reichsverteidigung‹ fielen, zur Genehmigung eingereicht werden. Beim Propagandaministerium waren Sachbearbeiter für die Prüfung zuständig, die die Manuskripte an Gutachter weiterleiteten. Die bisher im Springer-Archiv gefundenen Nachweise lassen aber weder eine Konsequenz bei der Einreichung von Manuskripten noch schwerwiegende Korrekturwünsche erkennen. Die Gefährdung des Postversands durch die zunehmende Verschärfung des Luftkrieges führte schließlich dazu, daß die Vorprüfung im Februar 1944 wieder aufgehoben wurde. Der Verleger sollte nun wieder selbst die Verantwortung für die Unbedenklichkeit seiner Produktion übernehmen.

Naturwissenschaftler unterlagen mit ihren Arbeiten keiner Vorzensur. Otto Hahn z.B. veröffentlichte von 1940 bis 1944 jährlich 3–4 Zeitschriftenaufsätze zur Kernspaltung, ohne daß dies beanstandet worden wäre. Nach eigenen Angaben hätte ein Publikationsverbot gegnerische Beobachter eher mißtrauisch gemacht [BERNINGER: 80]. Carl-Friedrich von Weizsäcker, nach der Genehmigungspflicht für seine während des Krieges veröffentlichten Aufsätze befragt, teilte mit, er könne sich nicht erinnern, je einen Aufsatz zur Genehmigung vorgelegt zu haben.

Im Herbst 1942 war bemerkt worden, daß Bestellungen von wissenschaftlicher Literatur aus dem neutralen Ausland spürbar zugenommen hatten. Nicht zu Unrecht wurde vermutet, daß die Alliierten sich auf Umwegen mit deutscher Wissenschaftsliteratur versorgten. Dies traf insbesondere für die Schweiz und Schweden zu, wo die Buchhandlungen von Gumpert (Göteborg) und Fritze (Stockholm) später auch den Deutschen als Mittler bekanntgeworden waren [RICHARDS (3): 195]. Man begnügte sich deutscherseits zunächst mit der Anweisung, daß eine Lieferung nur dann zu verweigern sei, »wenn ausdrücklich mit dem Hinweis bestellt wird, daß die Lieferung für das feindliche Ausland bestimmt ist«...⁹⁴

375: Tönjes Lange (1889–1961), 1923 Geschäftsführer der Hirschwaldschen Buchhandlung, 1934 Generalbevollmächtigter und seit 1935 Mitinhaber des Springer-Verlags, gelang es, durch Umsicht und kluges Taktieren, den Bestand des Verlags in schwieriger Zeit immer wieder zu sichern.

Unsere Auslieferung ruht vorübergehend.
Die Wiederaufnahme geben
wir an dieser Stelle bekannt.
SPRINGER-VERLAG-BERLIN

Wir haben unsere Auslieferung in be-
schränktem Umfang wieder aufgenommen.
Zurückliegende Bestellungen werden so-
weit wie möglich erledigt.
Neue Bestellungen werden erst ab
15. Januar 1944 erbeten.
SPRINGER-VERLAG-BERLIN

376, 377: Nach dem Bombenangriff vom 23./24. 11. 1943 mußte der Verlag wegen schwerer Schäden für einige Wochen schließen (Anzeigen aus dem Börsenblatt). Am 12. Februar 1944 verheerte eine Sprengbombe den Packraum und machte das Haus zu etwa 70% unbenutzbar.

Das amerikanische Interesse an deutscher naturwissenschaftlicher Forschungsliteratur nahm nach der fast vollständigen Zerstörung des Leipziger Verleger- und Druckerviertels durch einen Bombenangriff am frühen Morgen des 4. 12. 1943 zu. Man sprach von einem »zweiten Alexandria«⁹⁵. Da die USA ein naheliegendes Interesse an deutscher Forschungsliteratur hatten, jedoch weder die Aufmerksamkeit der Deutschen wecken, noch ihnen mehr als unvermeidbar Devisen zukommen lassen wollten, gingen sie dazu über, von wichtigen Büchern und Zeitschriften nur je ein Exemplar über verschiedene Lieferanten im neutralen Ausland zu bestellen. Das Material wurde mit Kuriermaschinen in die USA geflogen. Hier wurden Mikrofilme hergestellt und in zahlreichen Fällen fotomechanisch auch einige hundert Exemplare nachgedruckt. Von den 874 nachgedruckten Bänden des bedeutendsten amerikanischen Reprintverlages J. W. Edwards in Ann Arbor stammten allein 390 aus dem Springer-Verlag, deren Ladenpreissumme 48,6% des Angebots dieses Reprintverlegers betrug. Nachgedruckt wurden ferner die Kriegsjahrgänge von 32 Springer-Zeitschriften [SARKOWSKI (1)].

Angesichts der gezielten alliierten Käufe deutscher Wissenschaftsliteratur waren die Verleger im Februar 1944 angewiesen worden, bei sensibler Literatur auf den Fakturen den Vermerk »Darf nur im Inland ausgeliefert werden« anzubringen. Doch auch diese Sensibilitätsprüfung war fragwürdig. Bei der großen Zahl der eingehenden Bestellungen blieb für eine fachgerechte Beurteilung weder die Zeit, noch war ein hinreichend sachkundiges Personal verfügbar.

Im März 1944 wurde schließlich gefordert, daß ab sofort sämtliche Auslandsbestellungen von wissenschaftlicher Literatur, die nach 1933 erschienen war, der Reichsschrifttumskammer vorzulegen seien. Auch diese Bestimmung war unrealistisch. So teilte Tönjes Lange am 6. 3. 1944 dem Reichspropagandaministerium mit, daß beim Springer-Verlag an diesem Tag bis zum Mittag Bestellungen auf 1232 Titel aus dem Ausland eingetroffen seien. Die Überprüfung der bibliographischen Daten und der Lieferfähigkeit bedeuteten für das personell stark geschwächte Haus eine erhebliche Mehrbelastung. Offenbar erreichte es Lange mit diesem Hinweis, daß eine entsprechende Verordnung nicht erlassen wurde.

Die erste Information über die Nachdrucke deutscher Wissenschaftsliteratur in den USA entnahmen deutsche Stellen einer Anzeige in der englischen Zeitschrift »The Bookseller« vom 29. 6. 1944. Unter der Überschrift »German Technical Books« wurde auf die Firma H. K. Lewis als Lieferant für die

Verlag	Titel	Bände	Σ Ladenpreis	%
Julius Springer	238	390	4357,35	48,6
Akademische Verlagsges.	48	89	949,85	10,6
Verlag Chemie	10	45	482,95	5,4
Walter de Gruyter	12	36	421,95	4,7
Georg Thieme	9	18	316,05	3,5
Dr. Theodor Steinkopff	48	47	287,75	3,2
Urban & Schwarzenberg	2	13	249,00	2,8
Ferdinand Enke	32	33	240,70	2,7
Johann Ambrosius Barth	29	31	204,90	2,3
Gebr. Borntraeger	14	15	198,85	2,2
S. Hirzel	23	25	180,05	2,0
Friedr. Vieweg & Sohn	10	10	108,35	1,2
44 weitere Verlage	114	122	968,90	10,8
Summe	589	874	\$ 8966,65	100,0

378: Seit 1943/44 wurde deutsche Wissenschaftsliteratur in großem Umfang in den Vereinigten Staaten verfilmt und nachgedruckt. Von der Reprint-Aktion war der Springer-Verlag besonders betroffen und durch den Verkauf der Nachdrucke bis in die 60er Jahre nachhaltig geschädigt.

Edwards-Nachdrucke in Großbritannien hingewiesen [RICHARDS (3): 195]. Zu diesem Zeitpunkt war es aber für Gegenmaßnahmen schon zu spät; sie wären zudem kaum wirksamer gewesen als frühere Anordnungen.

Nach den Luftkriegszerstörungen im Verlagshaus hatten sich einzelne Abteilungen im Keller einrichten müssen, die Buchhaltung arbeitete z. T. daheim. Die Redaktionen der ›Klinischen Wochenschrift‹, der ›Naturwissenschaften‹, des ›Chirurg‹ und des ›Militärarzt‹ arbeiteten in den Wohnungen der Herausgeber oder in deren Instituten. Die Auslagerung ganzer Abteilungen wurde nötig. So arbeitete die Illustrationsabteilung in einem Kaiser-Wilhelm-Institut in Dahlem, wo schließlich auch die Zeitschriftenredaktionen unterkamen. Der Kontakt zwischen den verstreuten Arbeitsstätten war schwierig, denn auch die Telefonverbindung war häufig gestört. Ein Botendienst zwischen der Linkstraße und den Außenstellen in Dahlem war wegen Kraftstoffmangels nur zweimal in der Woche möglich. Am besten funktionierte noch die Stadtbahn.

Im März 1945 war der Personalstand auf 133 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zurückgegangen. Der Frauenanteil betrug inzwischen über 66 %. Anfang April 1945 mußte die Arbeit im Hause Linkstraße eingestellt werden, und es wurde nur noch in den Außenstellen gearbeitet.

Bis zuletzt wurde in offiziellen Schreiben der Eindruck erweckt, der Krieg sei noch erfolgreich weiterzuführen. Ein absurdes

Beispiel hierfür ist ein Rundschreiben an die Mitglieder der AWV vom 9.3.1945, in dem daran erinnert wurde, die Liste der für 1945 geplanten Lehrbücher baldmöglichst vorzulegen. Die Entscheidungen mußten Ende März getroffen werden! Inzwischen hatten die Amerikaner den Rhein überschritten, und die Rote Armee stand schon seit zwei Monaten an der Oder, 75 Kilometer vor Berlin.

Die Produktion des Springer-Verlags war nahezu zum Erliegen gekommen. Die für den Verlag tätigen Leipziger Druckereien waren beim Bombenangriff am 4.12.1943 weitgehend

379: Am 16.3.1945 wurde die Universitätsdruckerei H. Stürtz AG in Würzburg, die bis dahin vom Krieg verschont geblieben war, bei einem Bombenangriff weitgehend zerstört.

zerstört worden, und am 16.3.1945 wurde auch die überwiegend für Springer arbeitende Druckerei H. Stürtz in Würzburg zu 85% zerstört. Immerhin konnten im März und April 1945 noch 6 Bücher fertiggestellt werden. Die Produktion der letzten Kriegsmonate wurde allerdings wegen der Unsicherheit der Transportwege und der Ungewißheit über den Bestand der Bestellerfirmen fast ausnahmslos in den Buchbindereien belassen. 22 dieser Titel wurden gerettet und kamen seit 1946 zur Auslieferung.

Ferdinand Springer wurde nach seinem Ausscheiden jeglicher Kontakt mit dem Verlag untersagt, und als sein Haus in Pichelsdorf Ende 1943 durch Brandbomben zerstört worden war, hielt ihn nichts mehr in Berlin. Ein Gut von Freunden in Pommern bot ihm und seiner Frau Unterkommen und Schutz für einige Zeit. Am 23.2.1945 wurde Springer hier als »Kapitalist« vom russischen Geheimdienst verhaftet. Mit dem das Verhör leitenden russischen Major, der einigermaßen Deutsch konnte, entspann sich folgender Dialog:

»Was sind Sie?« – »Wissenschaftlicher Verleger.« – »Was verlegen Sie?« – »Zahlreiche wissenschaftliche Zeitschriften.« – »Bitte setzen Sie sich, und schreiben Sie die Titel dieser Zeitschriften auf.«

Als Springer mit der Liste noch nicht fertig war, rief der Russe: »Genug, in dieser und in dieser Zeitschrift habe ich veröffentlicht.« Es stellte sich heraus, daß der Major Professor für Genetik an einer sibirischen Universität war. Springer schloß seinen Bericht [LB] mit der Feststellung: »... von diesem Augenblick an wurde ich als Freund behandelt.«

Als Schutzbefohlener dieses russischen Majors kam Springer am 2.5.1945 in das noch umkämpfte Berlin zurück und wurde am 12. Mai auf freien Fuß gesetzt. Es war die Stunde Null des Neubeginns für den Springer-Verlag.

Für manchen ist es kaum vorstellbar, daß der Springer-Verlag diese 13 Jahre unter dem Nationalsozialismus überleben konnte. Er entzog sich sowohl der geplanten Aufteilung als auch der Zwangsarisierung, die anderen, auch als jüdisch eingestuften Verlagen nicht erspart geblieben war. So mag eine Zusammenfassung der in diesem Kapitel erwähnten Vorgänge angebracht sein:

– Die frühzeitige Einbindung des loyalen, nicht belasteten Mitarbeiters Tönjes Lange in die Unternehmensleitung, mit der schon 1935 eine Teilarisierung des Firmenkapitals verbunden war, bewahrte den Verlag für einige Jahre vor Zugriffen von Parteiverlagen und regimetreuen Verlegern. Die letzte Arisierungsaktion im Jahre 1942 konnte Ferdinand Springer dadurch verhindern, daß er, rechtzeitig informiert, die geplanten Maßnahmen der Regierung konterkarierte, indem er seine Firmenanteile an die Brüder Lange abtrat. Damit war die nicht zu vermeidende »Arisierung« des Unternehmens im Sinne der Inhaber abgeschlossen.

– Die Arbeitsgebiete des Verlags waren einer Zensur kaum zugänglich, so daß Konflikte weitgehend vermieden werden konnten. Konsequenterweise wurden daher auch seit 1933 Arbeitsgebiete gemieden, auf denen der Verlag früher sehr erfolgreich gewesen war, bei deren Weiterführung jedoch Kollisionen oder Kompromisse unvermeidlich gewesen wären.

– Die Exportleistung und das internationale Ansehen des Springer-Verlags ließen die Reichsschrifttumskammer vor radikalen Maßnahmen zurückschrecken, wie sie anderen als jüdisch eingestuften Verlagen nicht erspart geblieben waren. Die Interessen des Reichswirtschaftsministeriums waren hierbei eine wirksame Hilfe.

Neubeginn **D**er militärische, politische, wirtschaftliche und moralische Zusammenbruch des Dritten Reiches hatte auch für die Arbeit eines naturwissenschaftlich orientierten Verlags einschneidende Folgen. Viele Wissenschaftler hatten das Land verlassen müssen; sie waren schon seit Jahren im Ausland tätig und publizierten nun in der Sprache ihres Aufnahmelandes, zumeist in Englisch.

Der kämpfenden Truppe waren Suchabteilungen der Alliierten gefolgt, die z. B. deutsche Raketentechniker, Atomphysiker oder Leichtmetallexperten verpflichteten. So gingen dem Land erneut hochrangige Wissenschaftler verloren [BOWER]. Da gemäß dem Potsdamer Abkommen gerade für diese Bereiche ein Forschungsverbot bestand, wird man den vom Osten oder Westen verpflichteten Wissenschaftlern ihren Exodus kaum verdenken können. – Ein Export war deutschen Verlagen zunächst verwehrt. Dies traf gerade einen naturwissenschaftlich orientierten, also exportintensiven Verlag wie Springer. Wesentliche Neuerscheinungen der Kriegsjahre sowie wissenschaftliche Zeitschriften von Bedeutung wurden inzwischen als Nachdrucke weltweit zu Schleuderpreisen auf den Markt gebracht.

Traditionelle deutsche Märkte wie die Sowjetunion, Osteuropa und der Balkan, die 1932 noch über 30% des Springer-Exports abgenommen hatten, waren durch die Verschiebung des politischen Kräfteverhältnisses nahezu verlorengegangen. Deutsch, bis in die 30er Jahre in vielen Wissenschaftsbereichen noch die *Lingua franca*, wurde von einer nachgewachsenen Generation von Wissenschaftlern nicht mehr verstanden. Überall dort, wo früher deutsche Wissenschaftsliteratur ihre Abnehmer gefunden hatte, wurden die Märkte nun von englischsprachigen Veröffentlichungen beherrscht, zumal diese auch während des Krieges noch mit einer gewissen Regelmäßigkeit hatten geliefert werden können. Während der Springer-Verlag noch auf die Lizenz für seine Primärzeitschriften, die im Ausland besonders gefragt waren, oder auf das für den Druck erforderliche Papier warten mußte, wurden in den USA, im Vereinigten Königreich und auch in den Niederlanden und Skandinavien englischsprachige Zeitschriften gegründet, die bald auch für deutsche Wissenschaftler attraktiv wurden.

Dies waren die Bedingungen, unter denen der Verlag 1945 in einem zerstörten Land mit dem Wiederaufbau begann. Viele der treuen Autoren, Herausgeber, Berater und Mitarbeiter standen Ferdinand Springer hierbei zur Seite, und bald konnte auch sein 1935 ausgeschiedener Vetter Julius seine Verlagsarbeit wieder aufnehmen. Hiervon wird in einem eigenen Band der Verlagsgeschichte zu berichten sein.